

Nordenstadt Nachrichten

25. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Januar/Februar 2001

BSE und die Wende in der Landwirtschaftspolitik



Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte die Parole ausgegeben: Landwirtschafts- und Verbraucherschutzpolitik müssen endlich "von der Ladentheke aus" neu gedacht werden. Wohlverstandene Agrarpolitik muss die Produktion von Nahrungsmitteln fördern, die das Vertrauen des Verbrauchers verdienen. Eigentlich sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein. Eine in Jahrzehnten gewachsene, besser gesagt: gewucherte unheilige Allianz von Lobbyisten und Opportunisten hat uns jedoch in die jetzige Lage gebracht, in der jegliches Vertrauen in die Produkte der Ernährungswirtschaft vor die Hunde zu gehen droht. Kurioserweise hat das, was in den letzten Wochen als "Agrarlobby" vornehmlich beschimpft wird, mit Landwirtschaftsinteressen, insbesondere denen der kleineren Betriebe, nur am Rande zu tun. In der Ära des Freiherrn von Heeremann diente der kleine Landwirt vornehmlich dazu, dem Interessenvertreter der Großbetriebe eine demokratische (Schein-)legitimation zu verschaffen. Dass zu seiner Amtszeit das große Höfesterben stattfand, wurde schlicht der Politik angelastet. Viel hat sich unter dem neuen Bauernpräsidenten Sonnleitner leider nicht geändert. Tatsächlich von der Landwirtschaft profitieren können neben den Großbetrieben nach wie vor in erster Linie die, die durch die BSE-Krise endlich ins Blickfeld rückten: Futtermittel-, Saatgut-, Pflanzenschutzmittel- und Pharmaindustrie. Die Rechnung für deren stattlichen Profite landet, vornehmlich via Brüssel, bei uns allen, den Verbrauchern nämlich. Es ist kein Ruhmesblatt für die gesamte Politik,

dass sie aus purer Angst vor dem bauerlichen Liebesentzug bei der jeweils nächsten Wahl vor dieser Lobby eingeknickt ist dass es erst einer so dramatischen Krise wie dem Fall BSE bedurfte, um Mut zu machen für eine wirklich am Gemeinwohl orientierte Verbraucherschutz-, Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik. Über diese in Europa wie auch in Bund und Ländern verbreitete Feigheit lässt sich heute leicht die Nase rümpfen. Die andere Seite der Medaille ist jedoch der besonders in Deutschland gnadenlose Konkurrenzkampf im Einzelhandel, der nahezu ausschließlich an der

Preisfront ausgefochten wird. Dem haben wir alle zu wenig entgegengesetzt. Als qualitätsbewusst gilt schon, wer sich neben Alltags-Aldi am Wochenende das gute Charolais-Stück vom Öko-Hof gönnt. Tatsächlich notwendig, und zwar für alle Beteiligten, ist aber die generelle Trendwende weg von der Shareholder-value-Philosophie des kurzfristig-kurzfristigen Profits, die schon auf dem Börsenparkett zweifelhaft ist. Aktien lassen sich jederzeit wieder abstoßen, wenn sich eine Fehlinvestition andeutet. Die Ernährungs- und Landwirtschaft handelt aber mit Gütern, die nicht käuflich sind: mit Natur und mit Vertrauen. Von beidem ist in den
Fortsetzung Seite 4 →



Mit einem Rückblick der besonderen Art beging der TuS Nordenstadt seine 50jährige Wiedergründungsfeier am 17. Januar 2001. Die Akteure des Turn- und Sportvereins stellten ihre Arbeit der letzten 50 Jahre selbst dar. Es gab genügend Anekdoten und Erinnerungen: ob's die drei jungen Sportabiturientinnen waren, die letztlich die Volleyballabteilung gegründet haben, oder die Handballdamen, deren "Vorfrau" Gerlinde Schumacher freimütig bekannte, dass es für sie seit über 40 Jahren keinen schöneren Mannschaftssport gebe, oder die Handballer, die mit dem "Viehtransporter" zum Spiel nach

Unser Foto zeigt (v.l.n.r.): Ortsvorsteher Klaus-Dieter Jung, Heinrich Schäfer, Hermann Scherer, Stadtrat Erhard Niedenthal, Martha Panzner, Sportausschussvorsitzender Walter Rutz und den TuS-Vorsitzenden Wolfgang Kiehne.

Bad Schwalbach gefahren sind. Es gab viel zu berichten und den zahlreichen Gästen hat es gefallen.

Unter zahlreichen Ehrungen für langjähriges Engagement im TuS seien zwei besonders hervorgehoben: Martha Panzner wurde für 70-jährige Mitgliedschaft, der "Fußballveteran" Hermann Scherer für 60-jährige Mitgliedschaft im TuS geehrt.

Über den Zaun geguckt

Klimagipfel in in Den Haag – warum musste er scheitern?

von K.-Heinz Eischer

Auf dem Klimagipfel in Den Haag konnte bei der Abgabe von Treibhausgasen an die Atmosphäre leider nicht von einer Trendwende berichtet werden. Bei der Beratung über konkrete Maßnahmen zur Senkung des weltweiten CO₂ Ausstoßes kam es zu keiner Einigung. Seit der 5. Konferenz in Kyoto nahmen die Schadstoffmengen weiter zu - nur drei Länder konnten den Ausstoß von Kohlendioxid verringern: Großbritannien, Deutschland und Luxemburg. In einer Studie der Weltbank heißt es:

"Die globale Erwärmung ist vor allem auf die Industrialisierung und Motorisierung der OECD-Länder zurückzuführen".

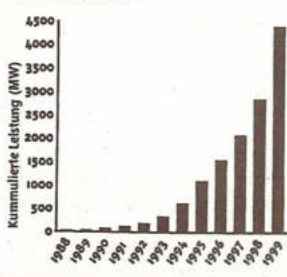
Seit der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio versuchen Klimaexperten die Gefahr der Erderwärmung mit Modellrechnungen zu untermauern. Das Abschmelzen der Gletscher in den Alpen kann jeder in Augenschein nehmen. Am Morteratsch-Gletscher



Produktion um 21 Prozent gegenüber dem Vergleichswert von 1990 im Zeitraum von 2008 bis 2012 zu senken hat.

Dass der Abschied von der Kohlenstoff-Ära nicht leicht werden wird, zeigt die Entwicklung im Transportwesen. Knapp ein Drittel der Treibhausgase in OECD-Ländern entstehen in diesem Bereich und die Hälfte davon wiederum im Güterverkehr. Die Globalisierung der Wirtschaft und die ständige Steigerung des Exportanteils am weltweiten Wirtschaftswachstum ließ den internationalen Frachtverkehr stark anwachsen. Für die Zeit von 2008 bis 2012 wird ein weiterer Anstieg um 70% prognostiziert. In der gleichen Zeit sollen aber die Industrieländer ihren Kohlendioxid-Ausstoß um 5% reduzieren. Leider hat sich die mit dem Informationszeitalter und der Entwicklung "sauberer Technologien" verbundene Hoffnung an ein schadstoffarmes Wirtschaften als Wunschdenken herausgestellt. Studien des Transportgewerbes sagen ein Anwachsen des Straßenverkehrs auch durch E-Commerce voraus. Die unbegrenzte Freiheit beim Konsum führt wohl zwangs-

Entwicklung der Windenergie in Deutschland



läufig zu unbegrenztem Wachstum beim Transportwesen. So wie wir uns daran gewöhnten, Kiwis aus Neuseeland, Spargel aus Kalifornien oder Erdbeeren aus Südafrika zu konsumieren, werden wir uns vielleicht auch darauf einlassen Produkte via Internet irgendwo zu bestellen, statt sie in räumlicher Nähe zu beschaffen. Da der Treibstoff des internationalen Luft- und Seefrachtverkehrs nicht angemessen besteuert wird, ergeben sich absurde Effekte: Auf die o.g. Kiwis z.B. wird auf dem Transport von Neuseeland zu uns das Fünffache des Gewichts der Früchte an CO₂ an die Atmosphäre abgegeben. Würde dieser Faktor in die Kostenrechnung eingehen, würden Kiwis zu Luxusartikeln. Eine solche Kostenzuordnung würde mit Sicherheit eine lokal orientierte Produktion und Vermarktung stärker fördern.

In Graubünden zeigen Info-Säulen, wie viele Kilometer sich dieser in den letzten Jahrzehnten "zurückgezogen" hat. Die Veränderung anderer großer Eisregionen wird wissenschaftlich beobachtet, um auf Konferenzen wie der in Den Haag von den Umweltpolitikern diskutiert und gewichtet werden zu können.

Schadstoffbegrenzungen und Reduzierungen, wie sie im Protokoll der letzten Konferenz festgeschrieben worden waren, wurden von den Industriestaaten bislang nicht umgesetzt. Der jüngste Ölpreisanstieg ließ die starke Abhängigkeit dieser Staaten von den fossilen Brennstoffen wieder überdeutlich werden.

Klaus Töpfer, Chef der UN-Umwelt-Organisation, sieht die Welt in einer globalen industriellen Revolution an der Schwelle vom Kohlenstoff-Zeitalter zur Ära erneuerbarer Energien.

Inzwischen versuchen fortschrittliche Länder die Entwicklung und Nutzung regenerativer Energiequellen wie Wind- und Wasserkraft, Photovoltaik, Solarthermik, Geothermik und Biomasse durch staatliche Förderung zu forcieren. So hat die Bundesregierung mit der Verabschiedung des "Erneuerbare-Energien-Gesetz", das am 1. April 2000 in Kraft trat, durch eine langfristig gültige Einspeisevergütung von 17,80 Pfennig pro Kilowattstunde nachhaltige Anreize für den weiteren Ausbau geschaffen.

Gegenwärtig liegt der Anteil der Windkraft an der gesamten Energieerzeugung in Deutschland noch bei ca. 2,5 Prozent. Durch die neuen Rahmenbedingungen soll der Marktanteil dieser ökologisch sinnvollen Energiequelle bis zum Jahr 2010 auf ca. 10 Prozent ansteigen. Dies ist ein kleiner aber wichtiger Beitrag, den Anteil begrenzter fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas an der Stromerzeugung zu reduzieren und die Verpflichtung von Kyoto zu erfüllen, nach der die Bundesrepublik ihre CO₂-

Produktion um 21 Prozent gegenüber dem Vergleichswert von 1990 im Zeitraum von 2008 bis 2012 zu senken hat.

Der Gipfel in Den Haag zeigte auch einmal mehr, dass die Staaten der Europäischen Gemeinschaft eher bereit sind sich dieser Problematik zu stellen, als dies bei der Supermacht USA der Fall ist. Die internationale Politik muss erst mal Prioritäten setzen - die Umweltverträglichkeit muss bei zukünftigem globalem Wirtschaften ausschlaggebend sein. Und jeder Konsument muß sich klar werden, welche Art von wirtschaftlicher Aktivität auf lokaler, regionaler, nationaler oder globaler Ebene wirklich erforderlich ist, um seine Konsum-Wünsche zu befriedigen.

So betrachtet ist die Bundesregierung mit der Einführung und Umsetzung der Ökosteuer auf einem konsequenten Kurs.

Im Falle der befürchteten Klimaveränderung trifft es zuerst "Inseln und Küstenländer, die nicht viel mehr in die Waagschale werfen können, als den Appell an die Moral". Die Menschen dort sind auf die Solidarität aller, besonders der Menschen in den Industrieländern - also auf unsere Anteilnahme angewiesen.



Das Vakuum überwinden. Diehl in den Ruhestand.

Was waren das für Zeiten, als Wiesbaden noch einen Oberbürgermeister hatte, der diesen Namen auch verdiente. Doch seit Achim Exner weg ist, haben wir nur noch einen Obernörgelmeister. Diesen Begriff prägte vor kurzem eine Wiesbadener Zeitung.

An der Spitze der Stadtverwaltung wird nicht mehr entschieden. Es wird vertagt, ausgesessen, genörgelt. Im Rathaus wird inzwischen ganz offen über die Entscheidungsschwäche des Chefs gesprochen. Öffentlich ausgetragen werden Geschmacksfragen wie z. B. der Plattenbelag in der Fußgängerzone oder die Gestaltung eines Werbeplakates. Kleinkarierte Provinzdebatten in der Weltkur- und Landeshauptstadt Wiesbaden.

Viele trauern noch heute der Tatkraft von Achim Exner nach. Über seinen Hang zur Selbstdarstellung mag man ja streiten. Aber er hat unsere Stadt vorangebracht. Er hat Visionen entworfen. Und er hat Entscheidungen getroffen. Auch für die Vororte war er da. Im wahrsten Sinne des Wortes war er stets "vor Ort". Bürgernähe war sein Markenzeichen.

Mit OB Diehl kam der Stillstand. Seit seinem Amtsantritt fehlen die Zukunftsentwürfe. Das Image Wiesbadens ist verblasst. Damit nicht genug: Positive Dinge, wie die Wirtschaftsentwicklung oder die Beschäftigungsförderung werden von der Rathaus-CDU kleingeredet und schlecht gemacht. Zwangsläufige Folge: Die Attraktivität leidet. Andere Städte ziehen an Wiesbaden vorbei.

Wiesbaden braucht wieder einen Oberbürgermeister, der handelt. Einen, der die Stadt führt, statt verwaltet. Einen, der die Richtung vorgibt. Einen der denkt und lenkt.

Mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Praml stünde ein Mann bereit, dem man zutrauen darf, dass er das Image Wiesbadens wieder aufpoliert und die Stadt mit Ideen und Schwung voranbringt. Praml repräsentiert eine moderne und kreative Politik. Er steht für eine leistungsbereite, bürgernahe und serviceorientierte Verwaltung und verfügt über die nötige Erfahrung. Und zugleich steht Praml für den fälligen Generationswechsel im Rathaus.

Nun hat aber OB Diehl jüngst angekündigt, statt 2003 aufs Altenteil zu gehen, erneut zu kandidieren. Damit haben es die Wiesbadener Wählerinnen und Wähler in zwei Jahren in der Hand, das Vakuum an der Spitze des Magistrats zu beenden und Herrn Diehl in den wohlverdienten Ruhestand zu schicken. Ein gutes Kommunalwahlergebnis für die SPD und ihren Spitzenmann Rolf Praml wären dafür ein wichtiges Signal.

H. Olz-Auge

Bereits in der letzten Ausgabe von NORDENSTADT NACHRICHTEN haben wir die ersten beiden Kandidaten für den Ortsbeirat - Gabi Wahler und Klaus-Dieter Jung - ausführlicher vorgestellt. Ihnen folgt auf Platz 3 Ruth Akasoy-Pertzborn, die außerdem auf Platz 10 der SPD-Liste für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert. Als Kandidaten für den Ortsbeirat folgen auf den Plätzen 4 und 5 Dietmar Nowak und Dr. Gerhard Uebersohn. Diese drei Genannten stellen wir im folgenden vor:

Erreichtes:

■ Das Projekt "Baugebiet Hainweg" begleitet mich, seit ich SPD-Vorsitzende in Nordenstadt bin. In dieser Funktion, als Ortsbeiratsmitglied, besonders aber als Stadtverordnete habe ich mich intensiv dafür eingesetzt, dass das Vorhaben nicht in der geplanten Form umgesetzt wird - d.h. insbesondere nicht in der vorgesehenen Größe. Der "Hainweg" ist nun erst einmal auf Eis gelegt. Dies war mit der rot-grünen Koalition sicher leichter zu erreichen als in der vorangegangenen mit CDU und FDP - nach wie vor bestehen die Wiesbadener CDU und besonders Oberbürgermeister Diehl darauf, das Projekt in voller Größe umzusetzen.

■ Lange versprochen, in dieser Wahlperiode gehalten: endlich hat Nordenstadt einen Kunstrasenplatz! In guter Zusammenarbeit mit den Sportpolitikern der Fraktion und den Verantwortlichen des TuS Nordenstadt konnte erreicht werden, dass der Verein nicht nur auf dem Papier Platz zwei der Prioritätenliste erhielt, sondern dass der Bau des Kunstrasenplatzes auch noch im vergangen Sommer stattfinden konnte.

■ Als Stadtverordnete im Vorort sehe ich mich auch als Vermittler zwischen Bürger und Verwaltung. Ich habe mich für eine Querschnittshilfe an der Kreisstraße nach Erbenheim, ob Unterstützung beim "Kampf um die Röhrenrutsche" gefragt ist, auch wenn es einmal nur um ein Einzelanliegen geht, bemühe ich mich um eine Lösung. Natürlich klappt das nicht immer gleich, aber ich bleibe am Ball. Außerdem: ich halte auch lieber mehr als ich verspreche. Den Hansdampf in allen Gassen überlasse ich gern anderen.

Ziele:

■ Politische Ziele für Nordenstadt stehen in unserem Programm - klar, dass ich als Vorsitzende daran mitgearbeitet habe und sie voll und ganz mittrage. Das gleiche gilt für das "Wiesbaden-Programm" der SPD. Themenschwerpunkte? Ob

Platz 3 Ruth Akasoy-Pertzborn



Geboren 1950 in Hannover
Studium Biologie und Geographie in Darmstadt
Nicht berufstätig, verheiratet, zwei erwachsene Töchter
Mitarbeit bei KINDERSTADT NORDENSTADT
Elternbeiratsarbeit
Seit 1992 Vorsitzende des SPD Ortsvereins Nordenstadt • 1993 - 1997 Mitglied des Ortsbeirats

Seit 1997 Stadtverordnete
Mitglied in folgenden Ausschüssen:
• Bau, Planung und Verkehr • Umwelt

Ruth Akasoy ist für den Ortsbeirat auf Platz 3 nominiert; für die Stadtverordnetenversammlung ist sie auf der Kandidatenliste auf den 10. Rang platziert.

in den kommenden 5 Jahren das Thema "Hainweg" wieder auf die Tagesordnung kommt, wird in erster Linie von den Mehrheitsverhältnissen in der nächsten Stadtverordnetenversammlung abhängen. Falls nötig werde ich jedenfalls mit vollem Einsatz für eine Nordenstadt-verträgliche Lösung kämpfen. Die Null-Lösung auf ewig zu fordern, halte ich für ausgemachten Selbstbetrug. Einfluss nehmen statt Rechthaberei scheint mir die erfolgreichere Parole zu sein.

■ Auch wenn ich eigentlich für Lobbyismus nicht viel übrig habe, es gibt eine Ausnahme. Kinder und Jugendliche bekommen in unserer Gesellschaft zunehmend Seltenheitswert, werden häufig als Störfaktor wahrgenommen. Wir drohen in einen Teufelskreis zu geraten: Kinder zu bekommen wird nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen unattraktiver, und mit der schwindenden Zahl der Kinder werden auch ihre Bedürfnisse weniger ins Blickfeld gerückt. Deshalb stehen für mich schon seit der Kinderstadt-Projektarbeit diese Interessen oben an, auch wenn's mal etwas lauter wird oder Geld kostet.

■ Die Kombination von Stadtverordneten- und Ortsbeiratsmandat ist für mich besonders wichtig. Ich verspreche mir davon wie in den vergangenen Jahren, in denen ich mit beratender Stimme dabei war, die ständige Rückkopplung mit den Ortsbelangen, die Bodenhaftung sozusagen. Damit werde ich noch lange nicht zum St-Florians-Politiker. So ist für mich beispielsweise Fluglärm nicht in bösen und guten unterscheidbar, je nachdem, wer davon betroffen ist. Deshalb kommt für mich ein Ausbau des Frankfurter Flughafens nur unter strengen Auflagen, insbesondere im Lärmschutz in Frage. Nur weil Erbenheim im Moment nicht zur Debatte zu stehen scheint, kann es nicht heißen: Ausbau anderswo ohne Ende.

Platz 4 Dietmar Nowak



Dietmar Nowak
geboren 1941 in Hofgeismar, Nordhessen;
verheiratet, ein erwachsener Sohn
Diplom-Volkswirt, Regierungsdirektor a.D.
Seit 1976 in Nordenstadt zu Hause.

Nach dem Besuch des Gymnasiums Ausbildung an der Staatlichen Glasfachschule in Hadamar zum Glasapparatebläser. Zeitsoldat bei der Luftwaffe, danach Vorbereitungsdienst zum Beamten des gehobenen Dienstes. Im Geschäftsbereich des Hessischen Innenministeriums (Landesamt für

Verfassungsschutz) u.a. als Leiter der Verwaltungsabteilung eingesetzt. Mitglied der ÖTV. Mehrere Jahre Vorsitzender des Personalrates des Landesamtes. Schöffe am Landgericht Wiesbaden. Mitglied der SPD seit 1965. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr Mitarbeit in den SPD-Ortsvereinen Erbenheim, Biebrich, Vorstandsmitglied in Nordenstadt.
Verantwortliche Mitarbeit beim Volksbildungswerk Erbenheim, bis zum Umzug nach Biebrich als stellvertretender Vorsitzender.

Ich kandidiere für den Ortsbeirat, um die berechtigten Belange der Nordenstädter in Wiesbaden - im Zusammenwirken mit allen Betroffenen - durchzusetzen. Wenn es sein muss, Schritt für Schritt. Fragen der Erwachsenenbildung und Anliegen von Kindern und Jugendlichen liegen mir besonders am Herzen. Um im Ortsbeirat mitarbeiten zu können, bitte ich um Ihr Vertrauen. Ich gehe davon aus, dass mir die Erfahrung, besonders die Kenntnisse der Verwaltungsabläufe nützen werden, um gute Ergebnisse für die Menschen in Nordenstadt zu erzielen.

Dr. Gerhard Uebersohn
geboren 1955 in Hannover, verheiratet,
zwei schulpflichtige Kinder, Verwaltungsjurist
seit 1996 in Nordenstadt zu Hause

Aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit im Schulerternbeirat (zunächst in Frankfurt jetzt in Nordenstadt) setze ich mich besonders für die Belange von Kindern und Jugendlichen ein. Ich finde, dass Kinder noch die Möglichkeiten zum "toben und spielen" haben müssen. In Elternbund Hessen arbeite ich aktiv mit.

Als leidenschaftlicher Radfahrer liegt mir natürlich auch sehr daran, dass ein vernünftiges Radwegenetz geschaffen wird und ein verträgliches Miteinander aller Verkehrsteilnehmer möglich ist.

Als ÖTV-Mitglied arbeite ich im Personalrat mit und setze mich gern für die Interessen der Kolleg/innen ein.

Ich freue mich auf eine Mitarbeit auf der untersten kommunalen Ebene - im Ortsbeirat - und hoffe, dass ich die Interessen vieler Nordenstädter dort vertreten kann.

Platz 5 Dr. Gerhard Uebersohn



Ein glückliches Jahr 2001!



Der Männerchor Concordia unter der Leitung von Enico Szendrey eröffnete den Neujahrsempfang des Nordenstadter Vereinsrings. Die Vorsitzende Annegret Pflug konnte zahlreiche Gäste und Vertreter/innen der vielen Nordenstadter Vereine begrüßen und zog in ihrer kurzen Ansprache positive Bilanz über das Jahr 2000. Die Vielzahl von sportlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen machten deutlich, dass das Vereinsleben in Nordenstadt intakt sei. Die vielen Vereinsjubiläen im vergangenen Jahr zeugten von einer langen Tradition: 150 Jahre Gesangverein, 90 Jahre SPD oder 50 Jahre Landfrauen - ehrenamtliches Engagement auf den unterschiedlichsten Ebenen.

Ortsvorsteher Klaus-Dieter Jung ging in seiner Grußansprache besonders auf das

freiwillige und ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger ein, das "nicht nur Ausdruck gelebter Solidarität" sei. "Die Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft, die in der ehrenamtlichen Arbeit zum Ausdruck kommt, hebt Ehrenamtliche in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft heraus und macht sie zu Vorbildern" - so der Ortsvorsteher. Klaus-Dieter Jung sprach den Frauen und Männern seine Hochachtung aus, die "in unseren Vereinen, in sozialen Einrichtungen, in den Kirchengemeinden oder in Selbsthilfegruppen ehrenamtlich mitarbeiten und damit selbstlos für die Allgemeinheit wirken".

Die Concordia-Männer ließen den vielen guten Wünschen für 2001 noch einige Lieder folgen, ehe der Empfang bei Rippchen und Kraut und vielen netten Gesprächen zu Ende ging.

► BSE und die Wende in der Landwirtschaftspolitik (von Seite 1)

letzten Jahrzehnten viel verspielt worden. Jeder konnte wissen, dass nicht nur das Vieh, sondern auch der Konsument vieler Nahrungsmittel-Fertigprodukte Dinge zu sich nimmt, die man eher im Bio-Abfall oder auf der Sondermüll-Deponie vermuten würde - es hat aber erstaunlich wenige aufgeregt. In der BSE-Krise liegt die Chance, dass sich das Denken von der Ladentheke aus endlich mehr mit der Qualität statt nur mit dem Preis beschäftigt, dass dabei der Gedanke im Vordergrund steht: der Mensch ist, was er isst.

In Nordenstadt stehen viele Ladentheken dort, wo auch produziert wird. Der Weg zur regionalen Versorgung, zur Direktvermarktung ist für unsere Landwirtschaft nicht neu. Es war bereits bisher ein durchaus erfolgreicher Weg, und er befindet sich im Einklang mit den Zielen, die auch für die künftige Agrarpolitik wichtig sind.

Von der Viehzucht hat man sich glücklicherweise schon lange verabschiedet, dennoch leidet natürlich die ganze Branche unter dem Imageverlust. Vom Nordenstadter Ortslandwirt Markus Pfeiffer erfuhren wir in einem Gespräch über die aktuelle Situation, dass es aber noch ganz andere

Probleme für ihn und seine Berufskollegen "im Ländchen" gibt. Durch den Flächenentzug der letzten Jahre (Autobahnbau, ICE-Trasse usw.) bewirtschaften viele Betriebe keine zusammenhängenden Äcker, sondern Teilflächen, die zerstreut in der Gemarkung liegen. Zur Schonung von Umwelt und Geldbeutel, zum sparsamen Einsatz von Düngemitteln beispielsweise, müssen diese Felder in kurzen Abständen kontrolliert werden. Häufig findet dies natürlich mit dem PKW statt, nicht per Traktor. Einige Zeitgenossen, die die Feldwege als Radfahrer, Spazier- oder "Gassi"-gänger nutzen, wittern aber in jedem Auto einen Verkehrsrowdy, den es in einer Art Selbstjustiz zu disziplinieren gilt. Dass dies zunehmend aggressiv, auch unter Androhung von Gewalt geschieht, ist sicher nicht nur für die Betroffenen erschreckend. Vielleicht dient dieser Hinweis dazu, das nächste mal erst genau hinzusehen (die Landwirte haben eine Legitimationskarte) oder höflich zu fragen, bevor der Oberlehrer mit dem Rohrstock herausgekehrt oder der Hund von der Leine gelassen wird.

Ruth Akasoy

Das Frühjahrsprogramm des VBWs ist da!

Wie gewohnt zum Ende der Weihnachtsferien ist das neue Programm des Volksbildungswerks Nordenstadt-Erbenheim-Delkenheim erschienen. Mit einer gelungenen Mischung aus Altbewährtem und Neuem hat es seinen Schwerpunkt in den Bereichen Sprachen, EDV und Gesundheit. Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch kann man beim VBW vormittags und abends lernen, Anfänger und Fortgeschrittene finden hier ihren passenden Kurs und da die Kursgröße in der Regel auf 10 Teilnehmer begrenzt ist, ist der Lernerfolg gesichert.

Während der Weihnachtspause hat das VBW seine EDV-Schulungsanlage auf den aktuellen technischen Stand gebracht - an 10 Arbeitsplätzen können sich maximal 10 Teilnehmer in die EDV und das Internet einführen lassen. Echte Anfänger und Anfänger mit Vorkenntnissen finden hier die passenden Kurse, um Windows, Word, Excel, Access, Corel Draw und Powerpoint zu lernen, und auch beim Internet reicht die Kurspalette vom "Internet-Schnupperabend" bis zu "Die eigene Homepage im Internet".

Im Gesundheitsbereich stehen mehrere Kurse für den Rücken zur Auswahl, die der Belastung am Arbeitsplatz entgegenwirken. Zur Entspannung werden TaiChi, Yoga und Entspannungstraining angeboten. Ferner helfen Kurse wie "Gedächtnistraining", "Sich annehmen und abnehmen", und Beckenbodengymnastik, gesund und fit zu bleiben.

Der Hobbybereich umfasst ein breites Angebot: "Börsenhandel", "Die Aktie Online", "Bridge", "Fahrradreparatur" "Buchbinden" und diverse Kochkurse stehen zur Auswahl. Und schließlich gibt es noch Kurse für Kinder und Jugendliche: Tennis, Töpfern, Gitarre und Malkurse können gebucht werden.

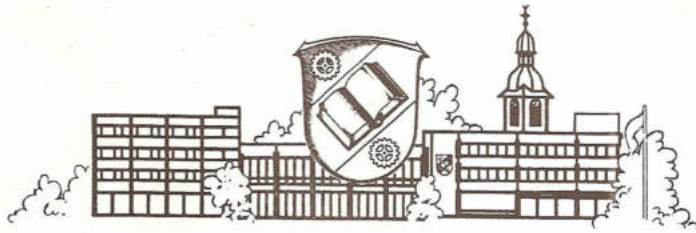
Näheres bei der VBW-Geschäftsstelle: telefonisch Mo.-Do. 10:00-12:00, Donnerstags auch 16:00-18:00 unter der 06122-12918. Fax 06122-76113 oder per Email unter info@vbw-ned.de.

IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Ruth Akasoy, Goethering 32

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26
Karl-Heinz Franke, Schlesierstraße 92

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6



Nordenstadt Nachrichten

25. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

März/April 2001

Neue Flugrouten – OB Diehl im Sinkflug

Was sich wohl Oberbürgermeister Diehl (CDU) gedacht haben mag, als im Dezember 2000 das Thema "Neue Flugrouten" an ihn herangetragen wurde? Sein Verhalten legt den Schluss nahe, dass er die Methode Kohl anwenden wollte: Schweigen und Aussitzen. In durchaus richtiger Einschätzung seiner begrenzten Einflusschancen wollte er sich offenbar nicht als "unschuldiger" Bote schlechter Nachrichten dem Bürgerzorn aussetzen, jedenfalls nicht vor dem Wahltermin. Die Taktik ging nicht lange auf. Von Umweltausschuss und Stadtverordnetenversammlung in Erklärungsnot gebracht, stampfte er im Hauruck-Verfahren aus dem Boden, was er Wochen lang verschlafen hatte: Informationen aus erster Hand, durch die Deutsche Flugsicherung (DFS) nämlich, zunächst einmal für die politischen Mandatsträger. Die kleine Schar derjenigen, die innerhalb eines Tages Einladungsfrist verfügbar war, zeigte sich von den ab 19. April geplanten Neuerungen allerdings nicht sehr begeistert.

Die gute Nachricht vorweg: für Nordenstadt wird es höchstens geringfügige Verschlechterungen, aber auch einige Verbesserungen geben. Als Verschlechterung ist eine künftig im Bereich Nordenstadt liegende neue Anflugroute zu sehen. Allerdings betrifft dies nur die Betriebsrichtung 07, das heißt Ostwind-Wetterlage, außerdem wird der Ort in relativ großer Höhe überflogen. Ohnehin ist die Lärmentwicklung im Sinkflug sehr viel geringer als in der Steigphase. Für die geplanten Abflugrouten gilt: des einen Freud - des anderen Leid.

Das bisherige Funkfeuer Taunus (TAU) für die Nordabflüge Betriebsrichtung 25 (Westwind) steht ab dem 19. April 2001 praktisch nicht mehr zur Verfügung. Ein Teil dieser Nordabflüge wird wie bereits seit September 2000 entweder über der Autobahn A3 die sogenannte "Fox-Route" nutzen, oder irgendwo im Osten von

Die neue Route ist nämlich abhängig von der Beibehaltung des Flugbetriebs in Erbenheim. Fast müssten wir in Nordenstadt darum bitten, dass die Amerikaner dort noch recht lange ihre Platzrunden drehen wollen.

Zwei Dinge jedenfalls sind auch aus Nordenstadter

Sicht ärgerlich. Da ist zum einen die Tatsache, dass eine Maßnahme von so großer Tragweite wie die komplette Neuordnung der Luftverkehrswege ohne Beteiligung, ja ohne Information der betroffenen Bürger möglich ist.

Den Vertretern der DFS ist da kein Vorwurf zu machen, sie bewegen sich durchaus im Rahmen der Gesetze. Ein erster notwendiger Schritt ist, die Vertreter der Kommunen in der Fluglärmkommission mit mehr als nur Beratungskompetenz auszustatten.

Ein fast noch größeres Ärgernis aber ist die Rolle von Oberbürgermeister Diehl (CDU), dessen ständiges Lippenbekenntnis die Bürgerbeteiligung und die Rechte der Ortsbeiräte sind - aber nur dann, wenn's ihm in den Kram passt. In Sachen Flugrouten passte es offenbar nicht.

An einer nicht vorhandenen Mehrheit kann es kaum gelegen haben, schließlich hat Rot-Grün ihn geradezu auf Händen zum Jagen getragen. Wer weiß, vielleicht war es ja der vorausseilende Gehorsam gegenüber dem gelben Wunsch-Koalitionspartner, dem freie Fahrt und freier Flug bekanntlich über alles gehen.

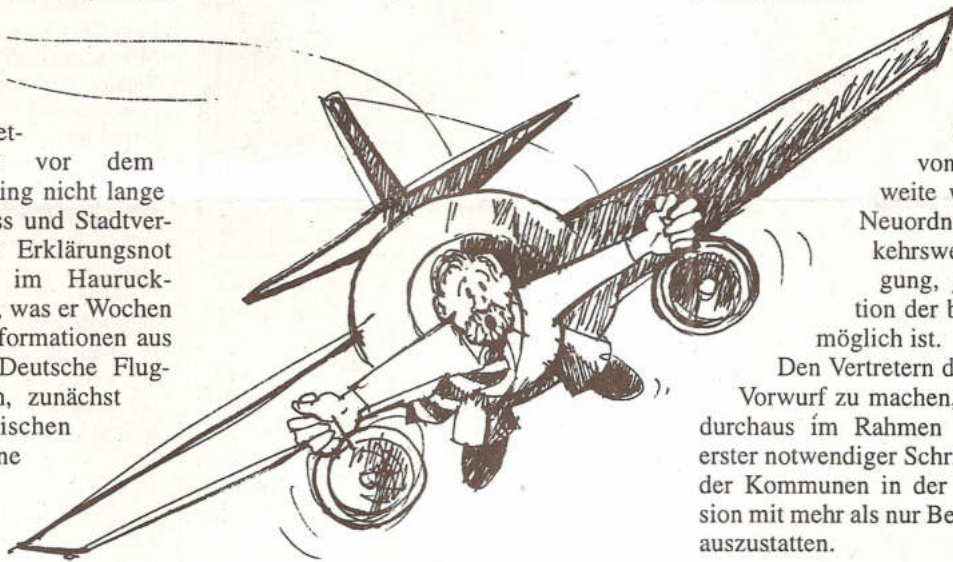
Da kann man nur sagen: **Guten Flug!** (siehe Titel)

Ruth Akasoy

Wiesbaden (also auch über Nordenstadt) zum neuen Ausflugsunkt TABUM nördlich des Feldbergs abdrehen.

Die Verkehrsanteile mit Ziel Nordatlantikstrecke, Großbritannien (ohne Nahverkehrsbereich London) sowie Flughafen Köln/Bonn, die zur Zeit den breiten Bereich zwischen der Autobahn A 3 und dem Mainzer Norden zum Abdrehen Richtung TAU nutzen, sollen künftig eine eigene feste Abflugroute und einen neuen Ausflugsunkt GOGAS (St. Goarshausen) erhalten.

Die Bewohner von Flörsheim, Hochheim, Kastel, Kostheim und Mainz, die unter der neuen Route leben, werden von dieser Planung alles andere als begeistert sein. In Nordenstadt allerdings sollte auch niemand zu früh über vermeintlich dauerhafte Entlastung jubeln.



Über den Zaun geguckt

Kommunalwahlen in Ocotal – Nicaragua hat gewählt.

von K.-Heinz Eischer

Während in Hessen der Kommunalwahlkampf langsam aller Orten seinen Höhepunkt erreicht, ist selbiger im Lande unserer Partnerstadt Ocotal, in Nicaragua, bereits Geschichte. Die Kommunalwahlen in Wiesbadens mittelamerikanischer Partnerstadt fanden bereits im November des vergangenen Jahres statt und in einigen Kommunen werden inzwischen die Weichen für die Entwicklung neu gestellt. Ganz besonders erfreulich war für die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) der

In Ocotal und Jalapa, den beiden größten Städten der Provinz Nueva Segovia, gewann die FSLN jeweils die absolute Mehrheit der Stimmen und stellt somit die Bürgermeister. In unserer Partnerstadt wurde der Ingenieur Eduardo Centeno gewählt, ein Parteifreund der bisherigen Bürgermeisterin Marta Adriana Peralta. Er hat inzwischen die Amtsgeschäfte übernommen. Dies lässt auf Kontinuität in den Beziehungen zwischen den Partnerstädten hoffen, zumal auch Marta Adriana weiterhin für die Zusammenarbeit der beiden Städte aktiv sein will.

Zur Zeit sind Gäste aus Ocotal in Wiesbaden. Frau Ana Julia Olivás Paz und Herr Ramon



Sieg in der Hauptstadt des Landes, in Managua. Der neue Bürgermeister heißt Herty Lewites, er konnte sich gegenüber den Kandidaten der "Liberal-Konstitutinalistischen Partei" (PLC) und der "Konservativen Partei" (PC) klar durchsetzen. Managua wurde seit 1990 von der PLC regiert; der frühere Bürgermeister Arnoldo Alemann, gegen den es seit Jahren massive Korruptionsvorwürfe gibt, wurde 1995 zum Präsidenten des Landes gewählt.

Herty Lewites, einst Tourismusminister in der sandinistischen Regierung, hat sich viel vorgenommen: So will er der 1972 von einem Erdbeben zerstörten Stadt, in der man so etwas wie ein Zentrum vergeblich sucht, zu einem neuen, lebenswerten Stadtbild verhelfen. Die weiter wuchernden Slums an der Peripherie will er dabei ebenso einbeziehen wie die eleganten Wohnviertel - in erster Linie soll das Straßennetz verbessert und ausgebaut werden. Der Pfründenwirtschaft seiner Vorgänger will er durch die Übertragung der Rechnungsprüfung an die Justiz den Boden entziehen.

Insgesamt beteiligten sich sechs Parteien an der Kommunalwahl in Nicaragua, die 151 Bürgermeisterämter wurden aber nur von Kandidaten der drei oben bereits genannten Parteien gewonnen. Besonders stark wurden die Sandinisten in den Provinzen Chinandega, Leon und Esteli, wo sie ebenso wie in Managua stärkste Partei werden konnten.

Lopez Maradiaga, beides Agrarfachleute, sind seit einigen Wochen als Praktikanten auf der Domäne Mechtildshausen.

Um sich in unserem Sprachraum einigermassen bewegen zu können absolvierten sie erstmal einen Deutsch-Intensivkurs. Ein besonderer Glücksfall ist außerdem, dass der zuständige Betreuer auf dem Staatsgut auch über gute Spanisch-Sprachkenntnisse verfügt, was die Kommunikation der Beiden sehr erleichtert. Verabredet wurde das Praktikum von Martha Adriana Peralta bei ihrem Besuch anlässlich der Jubiläumsfeier zum zehnjährigen Bestehen der Städtepartnerschaft. Während ihres damaligen Aufenthaltes besuchte sie auch die Domäne Mechtildshausen und war begeistert von dem dort praktizierten Konzept des biologischen Landbaus und der naturnahen Tierhaltung. Für die umtriebige Bürgermeisterin war der Gedanke naheliegend, dieses Konzept für die heimische Region nutzbar zu machen. Know-how-Transfer ist für ein Entwicklungsland besonders wichtig und so hofft sie, mit diesem Praktikum den regionalen landwirtschaftlichen Betrieben helfen zu können. Vielleicht ergibt sich sogar die Möglichkeit, einen Musterbetrieb nach dem Vorbild der Domäne aufbauen zu können. Sicher ein sehr hochgestecktes Ziel, aber die frühere Bürgermeisterin hatte auch immer Visionen und Ocotal ist damit trotz widriger Umstände sehr gut gefahren.

Wahl - oder Qual der Wahl oder was?

Am 18. März 2001 dürfen Sie als Wähler/in entscheiden, wer in den nächsten Jahren im Ortsbeirat und in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung die kommunale Politikrichtung vorgibt. Sie haben jede Menge Stimmen zu vergeben: 81 für die Stadtverordnetenversammlung und 11 für den Ortsbeirat.

Viel wurde schon über das neue Wahlrecht berichtet. Ob es immer aufklärend und informativ war, sei dahingestellt. Ob Sie sich aufgeklärt und informiert fühlen, müssen Sie selbst beurteilen. Noch haben Sie die Chance, die Informationsangebote zu nutzen. Tun Sie es! Wichtig ist in jedem Fall, dass Sie Ihre Stimmen nicht verschenken!

Sie haben die Möglichkeit, neben der Stimme, die Sie einer Partei geben, weitere Stimmen auf einzelne Personen zu verteilen - je Person 3 Stimmen. Insgesamt für den Ortsbeirat allerdings nur 11 und in der Stadtverordnetenversammlung 81.

Sie machen zum Beispiel ein Kreuz bei der SPD - Sie verstehen, dass wir in dieser Zeitung dieses Beispiel ganz bewusst gewählt haben! Nun haben Sie für die Wahl der Ortsbeiratsmitglieder aber noch die Möglichkeit, 11 Stimmen zu verteilen. Hier können Sie nun einzelne Kandidat/innen mit bis zu 3 Stimmen besonders bedenken. Damit können Sie die SPD-Kandidat/innen stärken. Zumal mit Gabi Wahler das erste Mal die Möglichkeit für Nordenstadt bestünde, eine Ortsvorsteherin zu bekommen.

Für die Stadtverordnetenversammlung besteht nun auch dieselbe Möglichkeit. Sie bestimmen mit Ihrem Kreuz die Partei und vergeben Ihre 81 Stimmen an bestimmte Kandidat/innen. Auch hier haben wir einen guten Vorschlag: unsere Stadtverordnete Ruth Akasoy, die bisher schon gute Arbeit für Nordenstadt geleistet hat.

Ist Ihnen das alles zu kompliziert und aufwendig, können Sie einfach so verfahren wie bisher auch. Sie kreuzen die Partei an und sonst nichts! Unsere Empfehlung auch hier:

Liste 2 SPD!

Wenn Sie am Wahlsonntag Hilfe benötigen, um in Ihr Wahllokal zu kommen, steht Ihnen unser kostenloser Fahrdienst zur Verfügung!

Rufen Sie an! Telefon 0611 - 99 99 10

Rheinfahrt

mit Rolf Praml

13. März 2001

17 - 22 Uhr

Musik: No Credit

& Musikkarusell

Abfahrt & Ankunft: Biebricher Hafen
auf der "Wappen von Frankfurt"

Ihre Stadt. Unser Auftrag.

SPD

Aus dem Stadtparlament

Mit der letzten Sitzung der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung am 15. Februar wurde auch ein Kapitel abgeschlossen, das bis in die vorletzte Wahlperiode zurück reicht. Damals wurde der Aufstellungsbeschluss für einen neuen Flächennutzungsplan (FNP) gefasst, dessen "Vorgänger" noch aus dem Jahr 1970 stammte. Die Erarbeitung des Flächennutzungsplans für die Landeshauptstadt begann - zufällig - zum Zeitpunkt der deutschen Einheit. Sicher war dies ebenso wie der zweimalige Mehrheitswechsel im Wiesbadener Rathaus ein Grund dafür, dass es gute zehn Jahre bis zur Beschlussfassung gedauert hat. So waren zu Beginn der neunziger Jahre noch sehr viel höhere Zuwachsprognosen für das Rhein-Main-Gebiet gestellt worden, als dies heute der Fall ist. Dadurch war es nun möglich, die Erweiterungsflächen für Siedlung und Gewerbe zu reduzieren, ohne Wiesbaden in seinen Entwicklungsmöglichkeiten zu sehr einzuschränken. Auch wenn von Interessenverbänden wie z.B. der IHK immer wieder schrankenloses Wachstum im Verkehr und im Flächenverbrauch gefordert wird: Ansiedlungsentscheidungen werden heute nicht mehr nur nach der Verfügbarkeit von Flächen getroffen, mehr und mehr wird die Lebensqualität einer Stadt zum wichtigen Standortfaktor. Mit der Bewahrung von Naturräumen und landwirtschaftlich genutzten Flächen vor Zersiedlung hat die SPD-geführte Rathauskoalition deshalb keine Öko-Spinnerei begangen, sondern künftigen Generationen eine lebenswerte Stadt und potenziellen Investoren ein attraktives Umfeld gesichert.

In Nordenstadt hat sich gegenüber dem FNP-Entwurf der alten Rathauskoalition mit CDU und FDP im Bereich Hainweg nichts geändert. Dies wurde übrigens in der jetzigen Stadtverordnetenversammlung erklärtermaßen auch von der CDU-Fraktion so gewünscht. Anders dagegen im Bereich "In der Bain", das ist die Ackerfläche am östli-

chen Ortsrand westlich des Ostrings. Hier sah der alte FNP-Entwurf noch eine große Siedlungserweiterungsfläche vor. Wegen der reduzierten Bevölkerungszuwachsprognosen, aber auch wegen der hohen Qualität des landwirtschaftlich genutzten Bodens wurde nun auf die Siedlungsnutzung verzichtet und der Fortbestand der Landwirtschaft beschlossen. Diese für Nordenstadt sehr positive Änderung verkehrte die CDU Nordenstadt in ihrem Wahlkampfblättchen erstaunlicherweise ins genaue Gegenteil. Unter namentlicher Nennung der SPD-Vorsitzenden "und gleichzeitig Stadtverordneten Ruth Akasoy" wurde behauptet, dass "In der Bain" als geplante Grünfläche beschlossen worden sei, also der Landwirtschaft entzogen würde. An Unkenntnis kann diese Falschmeldung kaum liegen, wurde doch der Flächennutzungsplan im Ortsbeirat unter lebhafter Beteiligung von Herrn Pfeifer (CDU) ausführlichst diskutiert, und das zugehörige Karten- und Textmaterial war auch für den interessierten Laien leicht verständlich. Da böser Wille nicht unterstellt werden soll, lag es vielleicht doch an fehlenden Grundvoraussetzungen? Etwa über gesetzliche Grundlagen und Bedeutung von Beratungsgegenständen der Ortsbeiräte? Hier müsste sich allerdings leicht Abhilfe schaffen lassen. Vor einem halben Jahr gingen Berichte durch die Presse, nach denen die CDU-"Akademie für politische Bildung" in der Vergangenheit üppigst mit Spenden bedient worden ist. So kamen 1999 allein DM 300 000,- vom Haftpflichtverband der Deutschen Industrie (HDI) in Hannover, dem die Fortbildung hessischer Kommunalpolitiker offenbar ganz besonders am Herzen liegt. Diesem, und wirklich nur diesem einen einzigen Zweck sollten nämlich die besonders in Wahlkampfzeiten reichlich fließenden Bimbesströme dienen, wie uns die CDU immer wieder versicherte. Hoffentlich versiegen diese Ströme nicht so bald, denn zumindest in Nordenstadt bei der CDU scheint's in Sachen Fortbildung noch viel zu tun zu geben. Ruth Akasoy

Ein Dankeschön an Klaus-Dieter Jung

Ein echtes "Norschter Gewächs" ist er und er hat seine Sache als Ortsvorsteher auch wirklich gut gemacht. Wir - die SPD - hätten ihn gern wieder nominiert und er wäre sicher ohne Probleme wieder Ortsvorsteher geworden. Aber er selbst wollte nicht mehr - schade. Seine beruflichen Belastungen haben ihn zu diesem Schritt gezwungen, denn er will keine halben Sachen anpacken.

Die Nordenstadter SPD bedankt sich bei ihm und seiner Arbeit und ist froh, dass er weiter im Ortsbeirat mit seinen Erfahrungen und seinem Engagement für unsere gemeinsame Überzeugung kämpfen will. Nordenstadt wird davon sicher profitieren. Eine Mitstreiterin!



Norschter Kerb auf Eis!

Die Nordenstadter Vereine - Kerbgesellschaft (KGN), Kleintierzuchtverein (KZV) sowie Turn- und Sportverein (TuS) - haben sich in den vergangenen Jahren bemüht, neue Akzente für die Norschter Kerb zu setzen, um diese Traditionsveranstaltung wieder attraktiv zu machen.

Diese Bemühungen sind auch positiv aufgenommen worden, haben aber insgesamt nicht dazu geführt, der Norschter Kerb neuen Schwung einzuhauchen. Die Resonanz in der Nordenstadter Bevölkerung war zunehmend geringer und hat damit auch die Aktiven in den Vereinen beeinflusst. Die Bereitschaft zum "Dienst-tun" für die Kerb hat nachgelassen.

Die Nordenstadter Vereine können diese Entwicklung nicht einfach zur Kenntnis nehmen und ansonsten den Dingen ihren Lauf lassen. Sie müssen in irgendeiner Form handeln, nicht zuletzt auch im Interesse ihrer Mitglieder sowie aller Freundinnen und Freunde der Norschter Kerb.

Sie haben sich deshalb entschlossen, in diesem Jahr eine Ruhe- und Denkpause einzulegen. Die Zeit soll aktiv genutzt werden, ein Konzept zu suchen und zu finden, mit dem der Kerb in Nordenstadt wieder eine Zukunft eröffnet wird.

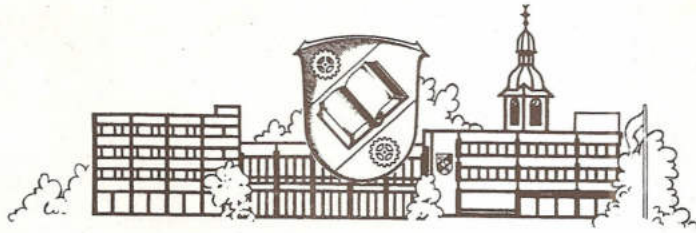
Die Vereine würden sich freuen, wenn sie bei diesem Nachdenken nicht allein gelassen würden, sondern die Nordenstadter - auch wenn sie nicht in diesen drei Vereinen Mitglieder sind - sich beteiligen. Lautes Nachdenken ist ausdrücklich erwünscht, damit neue Ideen für eine zukunftsfähige Norschter Kerb entstehen.

IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Ruth Akasoy, Goethering 32

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26
Karl-Heinz Franke, Schlesierstraße 92

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6



Nordenstadt Nachrichten

25. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

März/April 2001

Neue Flugrouten – OB Diehl im Sinkflug

Was sich wohl Oberbürgermeister Diehl (CDU) gedacht haben mag, als im Dezember 2000 das Thema "Neue Flugrouten" an ihn herangetragen wurde? Sein Verhalten legt den Schluss nahe, dass er die Methode Kohl anwenden wollte: Schweigen und Aussitzen. In durchaus richtiger Einschätzung seiner begrenzten Einflusschancen wollte er sich offenbar nicht als "unschuldiger" Bote schlechter Nachrichten dem Bürgerzorn aussetzen, jedenfalls nicht vor dem Wahltermin. Die Taktik ging nicht lange auf. Von Umweltausschuss und Stadtverordnetenversammlung in Erklärungsnot gebracht, stampfte er im Hauruck-Verfahren aus dem Boden, was er Wochen lang verschlafen hatte: Informationen aus erster Hand, durch die Deutsche Flugsicherung (DFS) nämlich, zunächst einmal für die politischen Mandatsträger. Die kleine Schar derjenigen, die innerhalb eines Tages Einladungsfrist verfügbar war, zeigte sich von den ab 19. April geplanten Neuerungen allerdings nicht sehr begeistert.

Die gute Nachricht vorweg: für Nordenstadt wird es höchstens geringfügige Verschlechterungen, aber auch einige Verbesserungen geben. Als Verschlechterung ist eine künftig im Bereich Nordenstadt liegende neue Anflugroute zu sehen. Allerdings betrifft dies nur die Betriebsrichtung 07, das heißt Ostwind-Wetterlage, außerdem wird der Ort in relativ großer Höhe überflogen. Ohnehin ist die Lärmentwicklung im Sinkflug sehr viel geringer als in der Steigphase. Für die geplanten Abflugrouten gilt: des einen Freud - des anderen Leid.

Das bisherige Funkfeuer Taunus (TAU) für die Nordabflüge Betriebsrichtung 25 (Westwind) steht ab dem 19. April 2001 praktisch nicht mehr zur Verfügung. Ein Teil dieser Nordabflüge wird wie bereits seit September 2000 entweder über der Autobahn A3 die sogenannte "Fox-Route" nutzen, oder irgendwo im Osten von

Die neue Route ist nämlich abhängig von der Beibehaltung des Flugbetriebs in Erbenheim. Fast müssten wir in Nordenstadt darum bitten, dass die Amerikaner dort noch recht lange ihre Platzrunden drehen wollen.

Zwei Dinge jedenfalls sind auch aus Nordenstadter

Sicht ärgerlich. Da ist zum einen die Tatsache, dass eine Maßnahme von so großer Tragweite wie die komplette Neuordnung der Luftverkehrswege ohne Beteiligung, ja ohne Information der betroffenen Bürger möglich ist.

Den Vertretern der DFS ist da kein Vorwurf zu machen, sie bewegen sich durchaus im Rahmen der Gesetze. Ein erster notwendiger Schritt ist, die Vertreter der Kommunen in der Fluglärnkommision mit mehr als nur Beratungskompetenz auszustatten.

Ein fast noch größeres Ärgernis aber ist die Rolle von Oberbürgermeister Diehl (CDU), dessen ständiges Lippenbekenntnis die Bürgerbeteiligung und die Rechte der Ortsbeiräte sind - aber nur dann, wenn's ihm in den Kram passt. In Sachen Flugrouten passte es offenbar nicht.

An einer nicht vorhandenen Mehrheit kann es kaum gelegen haben, schließlich hat Rot-Grün ihn geradezu auf Händen zum Jagen getragen. Wer weiß, vielleicht war es ja der vorausseilende Gehorsam gegenüber dem gelben Wunsch-Koalitionspartner, dem freie Fahrt und freier Flug bekanntlich über alles gehen.

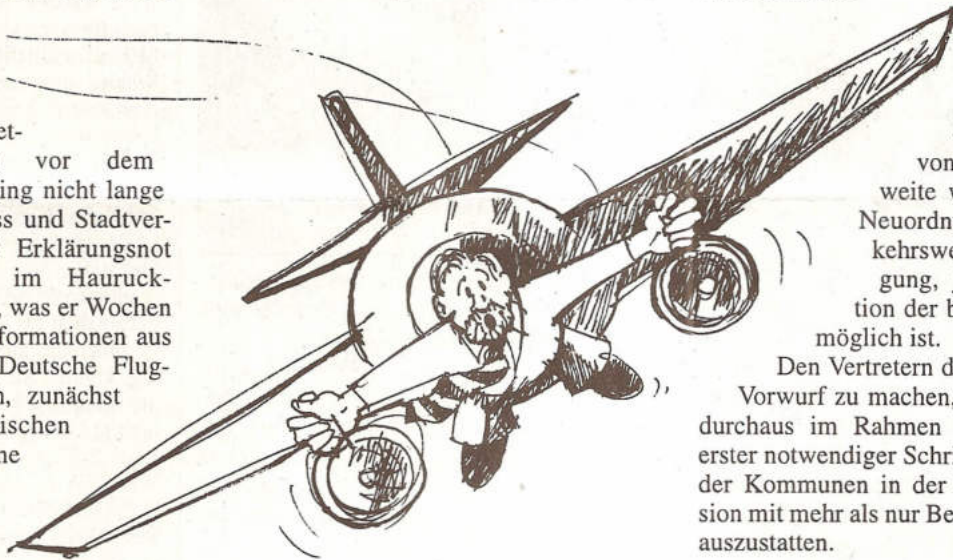
Da kann man nur sagen: **Guten Flug!** (siehe Titel)

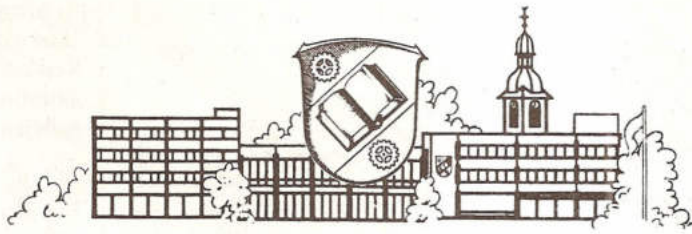
Ruth Akasoy

Wiesbaden (also auch über Nordenstadt) zum neuen Ausflugsunkt TABUM nördlich des Feldbergs abdrehen.

Die Verkehrsanteile mit Ziel Nordatlantikstrecke, Großbritannien (ohne Nahverkehrsbereich London) sowie Flughafen Köln/Bonn, die zur Zeit den breiten Bereich zwischen der Autobahn A 3 und dem Mainzer Norden zum Abdrehen Richtung TAU nutzen, sollen künftig eine eigene feste Abflugroute und einen neuen Ausflugsunkt GOGAS (St. Goarshausen) erhalten.

Die Bewohner von Flörsheim, Hochheim, Kastel, Kostheim und Mainz, die unter der neuen Route leben, werden von dieser Planung alles andere als begeistert sein. In Nordenstadt allerdings sollte auch niemand zu früh über vermeintlich dauerhafte Entlastung jubeln.





Nordenstadt Nachrichten

25. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Mai/Juni 2001

Nach der Kommunalwahl

Das "Grundgesetz" hessischer Kommunalpolitiker ist die Hessische Gemeindeordnung (HGO), die Rechtsgrundlage für die Arbeit von Ortsbeiräten, Stadtverordnetenversammlungen usw. Dass es auch ungeschriebene Gesetze gibt, wird vor allem dann deutlich, wenn Personalentscheidungen ohne klare Mehrheitsverhältnisse anstehen. Im Ortsbeirat Nordenstadt verliefen die Ortsvorstherwahlen nach diesen ungeschriebenen Gesetzen, dem sogenannten parlamentarischen Brauch. CDU und SPD waren mit gleicher Fraktionsstärke (5) aus den Wahlen hervor gegangen, doch weil die CDU einen höheren Stimmenanteil verbuchen konnte, wurde ihr Kandidat Rainer Pfeifer einstimmig zum Ortsvorsteher gewählt, der Kandidat der SPD, Klaus-Dieter Jung, zum Stellvertretenden Ortsvorsteher, sowie der Vertreter der FDP, Herbert Pflug, zum Schriftführer.

Im Wiesbadener Rathaus dagegen scheinen die Strategen der "Bürgerlichen Mehrheit" nicht nur alle Grundregeln des parlamentarischen Brauchs vergessen zu haben, sondern auch die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und die HGO zu ignorieren. In einer Mischung aus Machtversessenheit und Pflichtvergessenheit versuchten CDU und FDP durch Fernbleiben von Ausschüssen zu erreichen, was ihnen in Verhandlungen nicht gelungen war: die SPD bei der Wahl der Ausschussvorsitzenden auf die Bedeutung einer 10%-Fraktion zu reduzieren. Dabei ist ihnen wohl entgangen, dass die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung in § 3 (3) aussagt: "Ungerechtfertigtes Fernbleiben stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße gemäß § 24 a HGO geahndet werden. (...)". Offenbar haben insbesondere bei der CDU diejenigen die Macht übernommen, die weder die Grundrechenarten beherrschen, noch sich um geschriebenes und ungeschriebenes Recht scheren, wenn's um die Macht geht. Hessische CDU-Leitkultur sozusagen. Dazu passt, dass sich gerade die CDU beharrlich weigert, mit der SPD über poli-

tische Inhalte zu verhandeln, als sei Kommunalpolitik einzig und allein die Besetzung von Posten. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die erschreckende Dürftigkeit der sogenannten "Plattform", auf der sich CDU und FDP zur "Bürgerlichen Mehrheit" verschworen hat. Bereits der Begriff "Mehrheit" angesichts 40 schwarz-gelber Stimmen bei einer Gesamtzahl von 81 lässt auf einen gewissen Bildungsmangel schließen, der dem Bürgertum nach seinem Selbstverständnis eigentlich fremd sein müsste. Ob Rechtsver-

stöße zum Wesensmerkmal "bürgerlicher Politik" gehören, mögen andere entscheiden.

Nach dem katastrophalen öffentlichen Echo auf ihren Kamikaze-Kurs diskutierte die CDU-Fraktion eine halbe Nacht, um schließlich einen halben Rückzieher zu machen. Immerhin erklärte sie jetzt ihre Bereitschaft, an gemeinsamen Gesprächen der demokratischen Fraktionen teil zu nehmen. Wie ernst diese Gesprächsbereitschaft gemeint ist, lässt die „bürgerliche“ Haltung in der Ausschussfrage erkennen:→

Eröffnung der Nordenstadter Kulturtage am 5. Juni



Øivind Hanes liest aus seinem Werk »Permafrost«

Es ist zu einer guten Tradition geworden, dass die Nordenstadter Kulturtage mit einem literarischen Abend des Volksbildungswerks Nordenstadt-Erbenheim-Delkenheim eröffnet werden. Die Lesungsreihe "Literatur der Länder", die Autoren aus dem Ausland vorstellt, wird dieses Jahr am 5. Juni um 19:30 Uhr fortgesetzt mit dem Norweger Øivind Hanes.

Øivind Hanes, geboren 1960 in Drammen, Norwegen, schildert in seinem sechsten Roman die Geschichte eines Sohnes, der seinem in der stalinistischen Zeit in die Taiga deportierten Vaters nachforscht: "Eine fremde Lektüremischung: historische Spurensuche, Spekulation über Sein und Schuld und Liebesgeschichte im Birkenwald. Gerade weil der Text in seiner norwegischen Lakonik schwer fassbar ist, fesselt er - ein naturmystisch-nordischer Blick auf den Stalinismus, hell und dunkel in einem eigenwilligen Buch." schreibt die Presse, ein Werk, "das den Leser durch ein Wechselbad der Gefühle schickt und am Ende getröstet zurück lässt."

Øivind Hanes ist nicht nur Schriftsteller, sondern zugleich Komponist und Musiker, so dass die gewohnte musikalische Einrahmung der Lesung dieses mal durch den Autor selber erfolgt. Die Besucher dürfen wieder einen interessanten, atmosphärisch dichten Abend im Saal des Gemeinschaftszentrum Turmstr. 11 erwarten, und es ist auch damit zu rechnen, dass die Lesung wieder ausverkauft sein wird.

Deshalb empfehlen wir, rechtzeitig die Eintrittskarten für 7,-DM bei den Vorverkaufsstellen, der Geschäftsstelle des Volksbildungswerks im Gemeinschaftszentrum und der Nordenstadter Buchhandlung, Hessenring 19, zu erwerben.

Italien hat gewählt!

Fast 60 Regierungen haben die Italiener nach dem 2. Weltkrieg schon gesehen. Kein europäisches Land hat so viele Machtwechsel zu bieten. Am 13. Mai war es mal wieder so weit: das Volk ging an die Urnen. Immer noch mit Leidenschaft.

Ein Wahlprotokoll aus Italien von Julia Kiehne.

April 2001:

Noch wenige Wochen bis zu den Parlamentswahlen. Die zahlreichen Kandidaten schmücken die Mauern in ganz Italien: mal als seriöser Geschäftsmann, mal als Familienmensch mit Ehefrau im Arm. "Frei. Stark. Richtig", "Du kannst vertrauen" und "Der Mut, zu verändern, mit der gewohnten Treue" steht unter den Köpfen. Themen sind kaum gefragt. Der Raum für die Werbebotschaften ist akkurat in Einheiten aufgeteilt, nummeriert und mit Kreppband abgeklebt - schließlich soll's gerecht zugehen. Rechteck Nr. 3

→ Fortsetzung von Seite 1:

»Nach der Kommunalwahl«

lediglich vom Boykott war man bereit abzurücken (aus Sparsamkeit wg. § 24a HGO?). Die Wahl der Vorsitzenden in den kleinen Ausschüssen (abgesehen von den bereits an die Grünen vergebenen) erfolgte tatsächlich im Lotterie-Verfahren.

Die SPD wird sich jedenfalls weiter konsequent für die Umsetzung ihrer wichtigsten programmatischen Aussagen einsetzen und versuchen, CDU und FDP zu einem Überdenken ihrer Blockadehaltung zu bewegen. Mit Postengeschacher wird kein einziges Problem unserer Stadt gelöst, höchstens die Beteiligung an der nächsten Wahl weiter reduziert.

Auch den Hardlinern wird eines Tages klar werden, dass sie mit der gezielten Vergiftung der Atmosphäre zwischen ihrer Mini-Koalition und den anderen demokratischen Fraktionen nur noch in der rechten Ecke die fehlende(n) Stimme(n) zur Mehrheit finden. Hoffentlich reift diese Erkenntnis früh genug für einen Kurswechsel. RA

gehört den Linksdemokraten, in Nr. 15 dürfen nur die Unabhängigen für sich werben und aus Kästchen Nr. 7 strahlen die Kandidaten von Forza Italia auf die Vorbeigehenden nieder. Wer außerhalb seines Bereiches plakatiert, wird von einem offiziellen Manifest der Gemeinde überklebt: Gesetz ist Gesetz.

Mai 2001:

Immer mehr häufen sich die Stände der Parteien in den Straßen. Unermüdlich versuchen Parteimitglieder die Unentschlossenen von ihrer Gruppierung zu überzeugen. Im Fernsehen gibt es fast nur noch ein Thema: Italien wählt. Zu jeder möglichen Zeit grinst Silvio Berlusconi aus den privaten Sendern. Trotz zahlreicher Affären und ungeklärter Gerichtsverfahren stehen seine Chancen gut: die Italiener lieben den Wechsel - und der Medienmensch kommt einfach besser rüber als sein etwas farbloser Kontrahent Rutelli, Spitzenkandidat des Linksbündnisses. Im Alltagsleben spielen die Wahlen allerdings kaum eine Rolle. Eine Frage der Gewohnheit.

6. Mai 2001:

Noch eine Woche. Obwohl schon einmal nach gut einem halben Jahr aus dem Amt des Ministerpräsidenten gewählt, liegt Berlusconi vorn. "Die Linken haben in fünf Jahren nichts verändert", resümiert ein Kommilitone von mir. "Da muss man doch mal den anderen eine Chance geben. Danach kann man immer noch sagen: hat nichts gebracht." Wirklich überzeugt von dieser Einstellung klingt er nicht: "Sind doch letztlich alle gleich."

10. Mai 2001:

Letzte Kräfte werden mobilisiert. Autos werden bei regnerischem Wetter mit Flugblättern regelrecht zugekleistert und mit Megaphon-Wagen ziehen die Parteien von morgens bis abends durch die Straßen und versuchen, die hupenden Autos zu übertönen. Es gilt vor allen Dingen, die Jungwähler zu gewinnen. Zwischen den dumpfen Bässen der dröhnenden Diskomusik sind hin und wieder auch politische Botschaften wahrnehmbar. Wahlkampf als große, bunte Show.

11. Mai 2001:

Noch zwei Tage. Die Nachtzüge Richtung Süden sind mit Studenten der norditalienischen Universitäten gefüllt. Wahlreisende. Wer seine Stimme abgeben möchte, muss nach Hause fahren. Bis zu 13, 14 Stunden.

Briefwahl? Gibt's nicht! Dafür zwei Tage "Heimaturlaub" und einen Zuschuss zu den Reiskosten. Wer da nicht gern zu Mamma fährt und sich mit hausgemachter Pasta verwöhnen lässt, ist selber schuld.

13. Mai 2001:

Tag der Entscheidung. Die Wahlwilligen strömen in die Wahllokale. Noch bei deren Schließung um 21 Uhr sind lange Schlangen bei der Stimmabgabe. Zum Glück ist man auf der Apenninhalbinsel an chaotische Verhältnisse gewöhnt und daher recht unkompliziert: die Öffnungszeiten werden eben verlängert. Bis vier Uhr nachts machen die Wähler noch ihre Kreuzchen.

14. Mai 2001:

Die ersten Ergebnisse stehen fest und für das Rechtsbündnis "Casa delle Libertà" (Haus der Freiheiten) schaut's gut aus. Bei den Linken herrscht gedrückte Stimmung. Immerhin, man hat getan, was man konnte. "Ich habe verloren" ist die knappe Antwort meines apulischen Mitbewohners auf die Frage "Wie war's zuhause?". Er spricht vielen aus der Seele.



15. Mai 2001:

Jetzt ist es offiziell. Sieg für das Rechtsbündnis: in beiden Kammern die absolute Mehrheit. Berlusconi grinst wieder einmal in die Fernsehkameras, Österreichs Rechtspopulist Jörg Haider gratuliert. Das italienische Leben geht weiter. Wen kümmert's schon ernsthaft? Wahrscheinlich sieht eh schon bald alles anders aus. Wieder einmal.

*

Das Mitte-rechts-Bündnis "Casa delle Libertà" hat im italienischen Parlament die absolute Mehrheit erreicht. Ein nicht so deutlich erwarteter Vorsprung vor dem Mitte-links-Bündnis "L'Ulivo" (Im Zeichen des Ölbaums): 368 zu 242 in der Deputiertenkammer und 177 zu 125 im Senat. Berlusconis "Forza Italia", eine Gruppierung, die innerhalb von acht Jahren nur einen einzigen parteitagsähnlichen Kongress abgehalten hat und daher sicher sehr weit von einer demokratischen Partei entfernt ist, ist die mit Abstand stärkste Kraft in Italien geworden: 29,4 Prozent bei der Verhältniswahl zur Deputiertenkammer.

SPD-Führung in neuer Hand

Am 10. Mai haben die Nordenstadter Sozialdemokraten in ihrer Jahreshauptversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Ruth Akasoy, die mehr als neun Jahre den Vorsitz des SPD-Ortsvereins inne hatte, stand für eine erneute Kandidatur nicht mehr zur Verfügung. Sie war bei der vergangenen Kommunalwahl mit einem sehr guten Ergebnis wieder in die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Die Wiesbadener SPD-Fraktion schätzt ihre Arbeit und hat sie jüngst zur Fraktionssprecherin im Ausschuss Planung, Bau und Verkehr gewählt. Dies bedeutet ein erhebliches Mehr an Arbeit und Zeitaufwand, so dass Ruth Akasoy darum gebeten hat, den Ortsvereinsvorsitz zu wechseln. Zur Übernahme hat sich Birgit Pintaric bereit erklärt, die schon seit 1997 das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden ausübte.

Birgit Pintaric wurde mit großer Mehr-

heit zur neuen Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Nordenstadt gewählt. Die Stellvertretung wird durch Ruth Akasoy und weiterhin durch Klaus Büttner wahrgenommen. In weiteren Funktionen wurden gewählt: Sonja Elpelt und Karl-Heinz Eischer zuständig für die Kassenführung, Gabi Wahler und Dr. Dieter Deiniger als Schriftführer/in, und als Beisitzer: Klaus -Dieter Jung, Dr. Gerhard Uebersohn, Dietmar Nowak, Elke Spiekermann, Gebhard Gresch und Erika Büttner.

Klaus-Dieter Jung hat die Versammlung geleitet und bedankte sich mit einem Blumengeschenk und einer würdigen Rede bei Ruth Akasoy für ihre engagierte Arbeit. Der Beifall der Versammlung unterstrich diesen Dank eindrucksvoll. Birgit Pintaric bedankte sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen. Sie bat um die erforderliche Unterstützung aller Vorstandsmitglieder und aller an der SPD-Arbeit interessierten Freundinnen und Freunde. KK

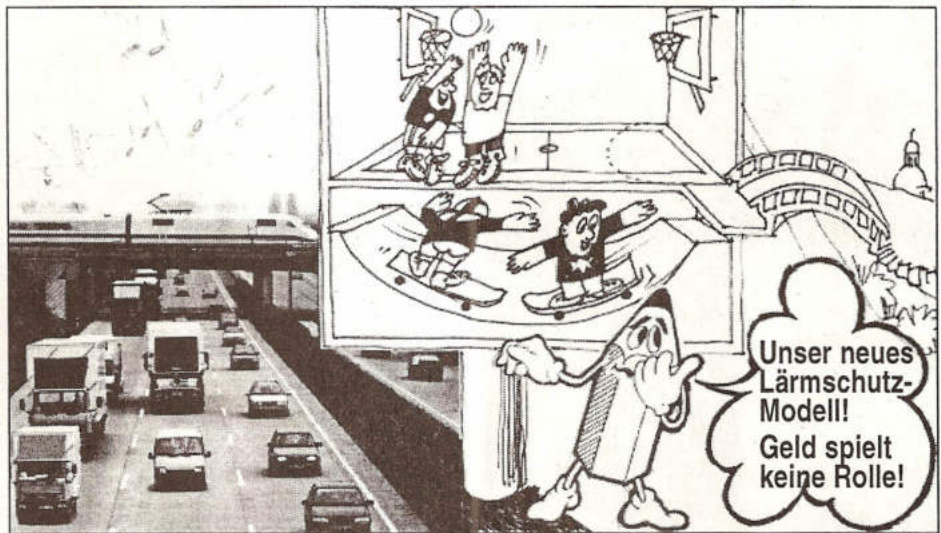
Kulturtag 2001 in Nordenstadt

Vom 4. bis 16. Juni 2001 finden in enger Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wiesbaden die Nordenstadter Kulturtage statt. "Lebendigkeit und Lebensqualität im Stadtteil hängen eng mit den Möglichkeiten der dort lebenden Menschen zusammen" schreiben die Beteiligten Rita Thies - Kulturdezernentin und Annegret Pflug - Vereinsringvorsitzende.

Ein vielfältiges Programm macht Lust auf die eine oder andere Veranstaltung. Ob es nun das "Multi-Kulti-Fest für große und kleine Kinder" der Grundschule Nordenstadt ist (am 7. Juni - 15. 00 Uhr) oder "Wein und Gesang im Erbacher Hof" (am 13. Juni - 19.00 Uhr) oder das zum Abschluss stattfindende Straßenfest (am 16. Juni), jeder kann etwas für sich finden und durch seine Teilnahme die "Lebendigkeit und die Lebensqualität im Stadtteil" unter Beweis stellen. Viel Spaß und hoffentlich meist schönes Wetter!

Kinderlärm und Automusik

Vor über zehn Jahren entstand im Rahmen der Aktion Kinderstadt Nordenstadt eine Skater-Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hatte, in Nordenstadt eine Half-Pipe zu errichten. Mit Jahre langer Geduld und Zähigkeit konnte man im September 1991 endlich den Erfolg feiern: auf dem Parkplatz am Tennisverein Oppelner Straße wurde die ersehnte Anlage eingeweiht - die engagierten Jugendlichen waren allerdings inzwischen weitgehend dem Skater-Alder entwachsen. Nach einem zwischenzeitlichen Umzug nach Delkenheim (wegen des Platzbedarfs des Musikvereins) wurde schließlich am Wertstoffhof ein endgültiger Standort für die Skateranlage gefunden. Das zähe Ringen um einen akzeptablen Standort war für alle Beteiligten eine unerfreuliche Erfahrung: jeder denkbare Vorschlag wurde vor allem wegen der befürchteten Lärmbelästigung abgelehnt. Am Wertstoffhof endlich, direkt neben der nicht gerade lärmarmen Autobahn, konnte eigentlich nach menschlichem Ermessen kein Einwand mehr kommen. Weit gefehlt. Offenbar aufgestört durch den Plan, neben der Half-Pipe eine Basketball-Anlage zu bauen, traten die Eigentümer des benachbarten Bürogebäudes auf den Plan. Durch einen Rechtsanwalt ließen sie nicht nur ihren Protest gegen den Basketball-



Plan mitteilen, sondern auch die Forderung nach Verlegung der Half-Pipe an einen "günstigeren" Standort. Einen Vorschlag hatten sie auch gleich parat:

HINTER DEM LÄRMSCHUTZWALL!! Großzügigerweise wurde sogar eine Beteiligung an den Kosten angeboten! Wir haben uns natürlich gleich Gedanken gemacht, wie ein solches Modell aussehen kann. Am besten eine zweistöckige Plattform auf dem Mittelstreifen, zugänglich über ein zierliches Brückchen (Kosten

spielen keine Rolle, zahlt der Hausbesitzer), und der Clou: alles untermalt von sanft perlender Automusik und umspielt vom lieblichen Dröhnen der Flugzeuge. R.A.

IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Birgit Pintaric, Hessenring 24

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6

Für Sie haben wir ein offenes Ohr!

Ihr Ärger, Ihr Problem, Ihr Tip oder Vorschlag an die Redaktion -
› Wir melden uns! Ihre Meinung ist uns wichtig! ‹

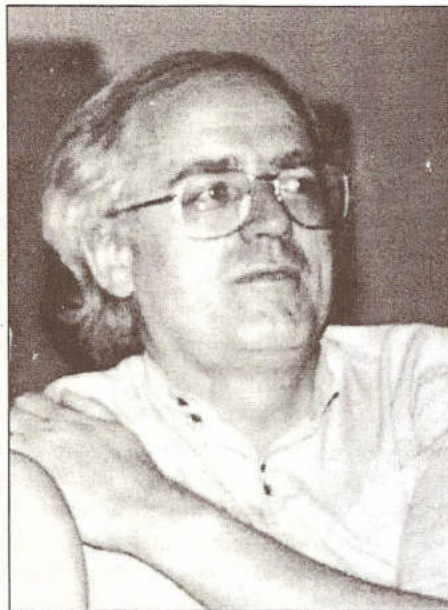
Sanierung des Kirchendaches

Die Evangelische Kirche in der Mitte Alt-Nordenstadts ist das unverwechselbare Wahrzeichen des Ortes. Bereits von weitem ist der Turm mit seinem schwarzen Dach sichtbar. Zwar wirkt der Bau wie für die Ewigkeit gemacht, die traditionelle Schiefereindeckung allerdings hält nur etwa 70 Jahre der Witterung stand, dann muß neu eingedeckt werden. Im vergangenen Jahr war zunächst die Sanierung der Süd- und Westseite fällig. Rund 50.000,-DM Gemeindeanteil an den Gesamtkosten war aufzubringen, und so wurde eine Spendensammelaktion gestartet, die bereits großen Erfolg hatte. Gemeindeglieder und in Nordenstadt ansässige



Firmen und Betriebe brachten bisher rund 25.000,-DM auf, auch die SPD Nordenstadt beteiligte sich mit einer Spende. Im März bekam die Gemeinde einen Bescheid der Landeshauptstadt Wiesbaden über einen Zuschuß in Höhe von 15.000,-DM, so daß noch eine Summe von 10.000,-DM offen ist.

Für diesen Restbetrag kann nach wie vor gespendet werden, und zwar auf das Sonderkonto der Ev. Kirchengemeinde Nordenstadt Nr. 20 100 3313 bei der Raiffeisenbank Wiesbaden, BLZ 510 602 25, Stichwort: "Kirchendach".



VBW *Das Volksbildungswerk Nordenstadt Erbenheim Delkenheim hat im April den Vorsitz neu bestimmt. Werner Wahler, Gründungsmitglied des VBW, wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Nordenstadt Nachrichten hat Herrn Wahler nach seinen Vorstellungen für diese neue Aufgabe befragt.*

NN: Was soll sich durch Ihre Wahl zum Vorsitzenden ändern?

WW: Das Volksbildungswerk Nordenstadt-Erbenheim-Delkenheim (VBW) kann auf eine erfolgreiche Arbeit auf dem Bereich der Weiterbildung zurückblicken. Mein Bestreben als neu gewählter Vorsitzender ist es hieran anzuknüpfen, an Bewährtem festzuhalten aber für Neuerungen und Ergänzungen zum Beispiel in den Bereichen Kultur und Philosophie aufgeschlossen zu sein.

Dies kann nur gemeinsam mit Vorstand und den Mitarbeitern der Geschäftsführung bewältigt werden. Hier weiß ich jedoch, dass ein Team bereit steht, welches mit vollem Engagement die Arbeit des VBW unterstützt.

NN: Wer entscheidet über das Angebot des VBW?

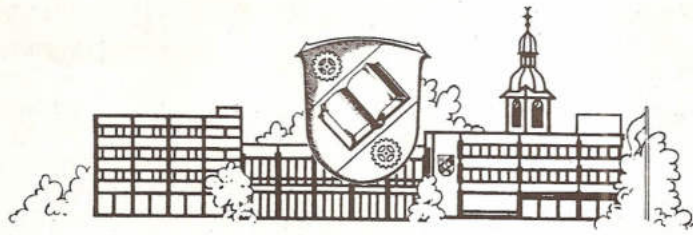
Das VBW erfüllt, gemeinsam mit der Wiesbadener Volkshochschule (VHS), die Aufgaben, die das hessische Volkshochschulgesetz den kommunalen Gebietskörperschaften auferlegt. Der Vorzug gegenüber einer kommunalen Einrichtung besteht in der wohnortnahen, unabhängigen Ausrichtung des VBW. Im Hessischen Landtag wird derzeit ein Gesetz beraten, welches diese Unabhängigkeit beschneiden möchte. Danach "muss sicher gestellt sein, dass die jeweilige Gebietskörperschaft die bestimmenden Entscheidungsbefugnisse innehat". Das bedeutet im Klartext, dass über Angebotsinhalt, -umfang und Auswahl von Dozenten nicht mehr VBW und VHS eigenständig befinden können. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Unabhängigkeit des VBW gewahrt bleibt.

NN: Kann das wohnortnahe Angebot erweitert werden?

In unserem Angebot sind wir auf die derzeit begrenzten räumlichen Möglichkeiten angewiesen. Es wird eine meiner Aufgaben sein, nach räumlichen Möglichkeiten Ausschau zu halten um den steigenden Anforderungen nach Weiterbildung gerecht zu werden.

NN: Wir wünschen Ihnen, Herr Wahler, im Interesse vieler Nutzer/innen des VBW viel Erfolg in Ihrem neuen Amt.

Herzliche Einladung
zum
Bürgerstammtisch der SPD Nordenstadt
am
Freitag, 1. Juni 2001 – 19.00 Uhr
im Restaurant der Taunushalle / Heerstraße
mit Mandatsträgern aus Ortsbeirat und
Stadtverordnetenversammlung



Nordenstadt Nachrichten

25. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Aug./Sept. 2001

Allparteienmagistrat beschlossen!

Keine Probleme hatte der SPD-Unterbezirksparteitag, dem bereits vor Wochen mit CDU und FDP ausgehandelten kommunalpolitischen „Konsens für Wiesbaden“ zuzustimmen. Mit überwältigender Mehrheit wurde das Themenpapier abgesegnet, mit dem die sozialdemokratische Verhandlungskommission sich in wichtigen Fragen hatte durchsetzen können.

Allerdings darf man sich auch keinen Illusionen hingeben: wie bereits beim Bürgerbeirat oder bei der Stadtbahn festzustellen war, scheuen CDU und FDP nicht davor zurück, die „Dissenspunkte“, also alle Themen, die nicht einvernehmlich mit der SPD beschlossen werden konnten, mit der schwarz-gelb-braunen Hirzelkoalition durch die Stadtverordnetenversammlung zu peitschen. Diese Dissenspunkte sind noch reichlich vorhanden, und sie werden sich im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen noch vermehren. Ob das beschlossene Kon-

senspapier den dann sichtbar werdenden Notwendigkeiten zur Sparsamkeit standhalten kann, bleibt abzuwarten. Sehr vollmundig sind kostenintensive Wahlversprechen in das Papier hineingeschrieben worden, ob es nun darum geht, die Maifestspiele mit einer Finanzspritze attraktiver zu machen oder die Steuern zu senken. Dass dies alles nur „unter Haushaltsvorbehalt“ beschlossen wurde, steht im Kleingedruckten, und das erweist sich bekanntlich häufig als das Entscheidende. Dennoch ist der „Konsens für Wiesbaden“ aus sozialdemokratischer Sicht ein Erfolg, schreibt er doch so wichtige Programmpunkte wie die Weiterführung des Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit „Berufsweg für Alle“ auch für die kommende Wahlperiode fest.

Nicht so unumstritten wie das Sachprogramm war das Verhandlungsergebnis bezüglich der Magistratsstruktur. Immerhin sollte die SPD von den bisher von ihr

im Magistrat vertretenen Politikbereiche reichen Finanzen, Wirtschaft, Stadtentwicklung und Soziales die Hälfte abgeben. Hinzu kommt, dass die bisher von den Grünen verwalteten Themen Verkehr, Umwelt und Entsorgung ebenfalls der neuen schwarz-gelben „Gestaltungsmehrheit“ anheim fallen sollen.

Von vielen Rednern wurde die insgesamt unausgewogene Struktur des Magistrats kritisiert. So soll es neben den drei „klassischen“ Ressorts Soziales (Hessenauer, SPD), Schule / Kultur (Thies, Grüne) und Finanzen (CDU) drei „schmale“ Dezerenate geben: Gesundheit (CDU), Inneres (CDU) und Wirtschaft (Goßmann, SPD). Die FDP schließlich soll in einem einzigen Dezernat so viel kommunalpolitische Gestaltungsmacht vereinigen, dass sich dagegen die gesamten CDU-Ressorts bescheiden ausnehmen. Ob die bereits in der Presse gehandelten FDP-Kandidaten wirklich kompetent sind, die Bereiche

Fortsetzung Seite 3

**24. Kinderfest der SPD-Nordenstadt
Sonntag den 2.9.01 von 14-17 Uhr**

**Gemeinschaftszentrum
an der Turmstraße /
Horchheimer Wiese**

Mit vielen alten und neuen Spielen. Außerdem kommt auch wieder das rote Spielmobil aus Frankfurt!

Überall sind kleine Preise zu gewinnen!

Für Hungerige und Durstige wird gesorgt!

**Alle Kinder und
deren Eltern sind
herzlich eingeladen!!**

Teilnahme ist kostenlos!!



Über den Zaun geguckt

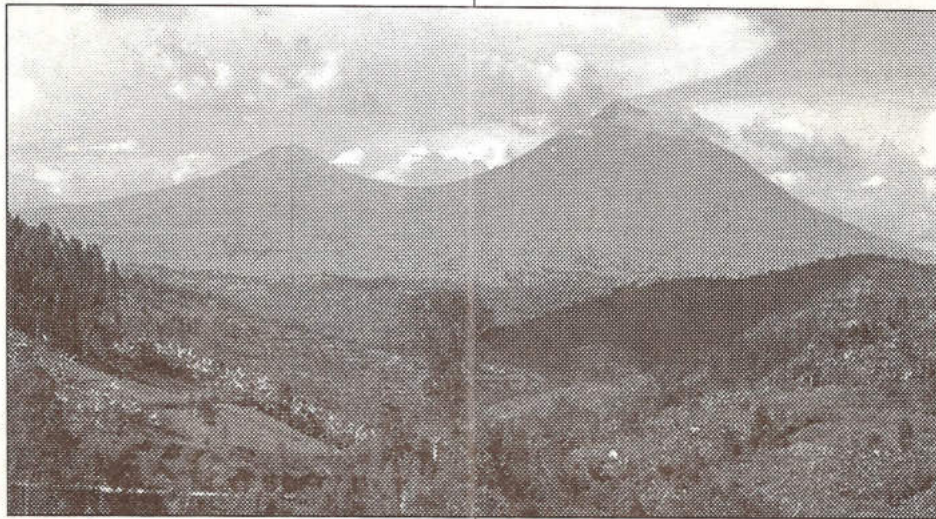
Land der 1000 Hügel

Ruanda, das Land der tausend Hügel im Herzen Afrikas, ist uns spätestens seit dem Massaker von 1994 mit ca. 1 Million Toten und mehr als 2 Millionen Flüchtlingen ein Begriff.

Die heutige Situation des Landes ist von einer oberflächlich betrachteten Normalität gekennzeichnet. Zahlreiche im Bau befindliche Hochhäuser in der Hauptstadt Kigali, viele Menschen auf den Straßen des Landes auf ihrem Weg zu den Märkten, wo alle erdenklichen Waren angeboten werden, nur noch spärliche Polizeikontrollen bei Überlandfahrten und eine geringe Präsenz des Militärs. Alles deutet auf eine (dank europäischer und amerikanischer Finanzhilfen) prosperierende wirtschaftliche Situation hin. Eine Entwicklung zum Besseren, nachdem noch vor kurzem Unsicherheit, Angst und Misstrauen das Miteinander prägten. Ein durchaus hoffnungsvolles Bild, das sich bei meinem Besuch vor wenigen Wochen bot. Ruanda, ein Land, in dem die Menschen sich zunehmend sicherer fühlen und bereit sind, nach vorne zu schauen.

Zugleich aber gibt es die vielen zehntausenden, in überfüllten Gefängnissen Inhaftierten, die seit 1994 auf ihren Prozess warten, gibt es die zahllosen Waisenkinder, denen nur unzureichend geholfen werden kann, gibt es die Kämpfe von Teilen der ruandischen Armee im Nachbarstaat Kongo und die von dort aus operierenden Interahamwe-Kämpfer der 1994 unterlegenen Hutu-Milizen. Es gibt zudem die Erwartungen der Geberländer auf weitere Demokratisierungsmaßnahmen. Diese nachvollziehbare Forderung birgt aber die Gefahr, zugleich eine Destabilisierung zu verursachen, wie ich das schon vor 1994 erleben konnte. Es wird auch in den nächsten Jahren darauf ankommen, ausländische Hilfen zu verstetigen, die Verwendung der Gelder für den Bildungs- und Gesundheitsbereich und für die Entwicklung des Landes zu überwachen und zugleich zu akzeptieren, dass dieses Land seinen eigenen, afrikanischen Weg zur Demokratisierung finden muss.

Auffällig ist aber bereits jetzt, dass sich die USA nicht zuletzt aus wirtschaftlichen und strategischen Überlegungen heraus massiv einmischen. Sie nutzen dabei eine Lücke, die Frankreich vor 1994 ausfüllte und nach dem Krieg wegen der Stützung der geflohe-



nen Hutu-Milizen nicht wieder einnehmen konnte. Eine neue, subtile Form der Kolonisierung durch Schaffung von Abhängigkeit. So wird es schwer werden für die Verantwortlichen in Ruanda, ihren eigenen, selbstbestimmten Weg zu finden.

Wirtschaftliche Situation

Die Bevölkerung lebt auf einer Fläche, die etwa so groß ist wie Hessen mit z.Zt. ca. 8 Millionen Menschen. Davon sind 95% in der Landwirtschaft tätig, die mittlerweile jeden Quadratmeter ausnützt, ständig wegen des hügeligen Reliefs und der heftigen tropischen Regenfälle von Erosion bedroht ist und die sich den Import teurer Düngemittel nicht leisten kann. Hier muss kurzfristig eine Umstellung der Wirtschaftsweise, auch gegen Traditionen erfolgen. Wer weiß, wie schwer dies sogar bei uns in Mitteleuropa fällt, kann sich die Problematik vorstellen.

Die Exportgüter Zinn, Kaffee und Tee sind wegen der Situation auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig - Zinn gewinnt man in China im Tagebau und küstennah weit aus billiger, das ebenfalls auftretende Tungsten (interessant für die Handy-Technik) wird in Australien leichter gewonnen und die Kaffee- und Teepreise sind weltweit im Keller und rechtfertigen den langen Transportweg von Ruanda nicht.

Gleichzeitig ist das Land gezwungen, jeden Teller, jedes Glas und jeden Löffel zu importieren. Es gilt, kurzfristig Handwerker auszubilden, die in der Lage sind, aus den Naturprodukten des Landes Gebrauchsgüter zu vertretbaren Preisen herzustellen, die in Ruanda und in den Nachbarstaaten abgesetzt werden können. Aber auch dann wird das Land langfristig auf ausländische Hilfe angewiesen sein.

Zur Geschichte Ruandas

Ehemaliges Tutsi-Königreich, die nur 12% der Bevölkerung ausmachen. Die Mehrheit der Ruander sind Hutus (=Bantus). Nur ca. 3% der Bevölkerung gehören zu den kleinstwüchsigen Twa.

Teil von Deutsch-Ostafrika bis zum Ende des ersten Weltkriegs; dann belgisches Mandatsgebiet und schließlich Teil des Kongostaats.

Seit 1962 unabhängig. Das Hutu-Regime von G. Kayibanda verfolgt die Tutsis. Es kommt zur Ermordung und Vertreibung von vielen Tutsifamilien.

J. Habyarimana löst 1974 Kayibanda in einer unblutigen Revolution ab und versucht eine Integration der drei Bevölkerungsgruppen. Der Rückgang der Exporterlöse und die explosive Bevölkerungsentwicklung führen zu wirtschaftlichen Problemen. Zudem beginnen die nach Uganda geflohenen Tutsis 1991 mit Guerillaangriffen und massiven Kämpfen im Norden des Landes.

Die Friedensverhandlungen werden durch den Abschuss des Flugzeugs, in dem neben dem ruandischen Präsidenten auch der burundische Präsident umkommt, gestoppt. An Hand von vorbereiteten Listen werden Tutsis und missliebige Hutus von den Hutu-Milizen und einer aufgehetzten Bevölkerung verfolgt, misshandelt, verwundet und getötet. Viele hunderttausend Tote und weit mehr als 2 Millionen Flüchtlinge sind das Resultat. Schließlich ziehen sich die Hutu-Milizen im Schutz französischer Fallschirmjäger und der Flüchtlinge in den Kongo zurück; die Tutsikämpfer übernehmen die Macht. Der neue starke Mann ist dabei Paul Kagame, der als Verteidigungsminister und Vize-Präsident fungiert. Er wird im Jahr 2000 zum Präsidenten ernannt.

Der Autor unseres Artikels ist
Dr. Ulrich Schmidt, Diplom-Biologe

Stellvertretender Leiter des Naturhistorischen
Museums Mainz/ Landessammlung
für Naturkunde Rheinland-Pfalz

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-
Stadtverordnetenfraktion Wiesbaden

Seit 1987 regelmäßige Forschungsaufenthalte
in Ruanda (Partnerland v. Rheinl.-Pfalz)

Gute Gründe für die Ganztagschule

Jede Schule kann schlecht sein, auch eine Ganztagschule. Der Vormittag besteht aus klassischem Frontalunterricht, mit dem frustrierte Lehrer den Schülerinnen und Schülern jeden Rest an Neugier und Motivation austreiben. Der Nachmittag dient dazu, diejenigen betreuen zu lassen, die es nötig haben. Eine solche Kombination von Pauk- und Verwahranstalt wäre eine ganz schlechte Ganztagschule. Es gibt viele, die damit zufrieden wären - wir aber nicht. Das berechnete Interesse der Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren, sollte der Gesellschaft etwas wert sein, auch finanziell. Die Billiglösung "Verwahrung der Kinder" ist hingegen ein schlechter Grund, Ganztagschulen einzuführen.

Einige besorgte Pädagogen und Politiker befürworten Ganztagschulen, um bestimmte Jugendliche, die es angeblich nötig haben, von Sozialarbeitern bearbeiten zu lassen, vielleicht auch nur, um die Jugendlichen von der Straße fern zu halten. Dieses Sicherheitsbedürfnis der Erwachsenen ist ebenfalls ein schlechter Grund, Ganztagschulen einzuführen.

Was sind dann die guten Gründe?

Gehen wir von den veränderten Lebensbedingungen der Kinder aus. Die Stichworte sind "Wissensgesellschaft" - es gibt keinen festen Lernkatalog mehr; "Individualisierung" - feste soziale Milieus verschwinden, Vater-Mutter-Kind-Familien sind kein Regelfall mehr; "Globalisierung" - Deutschland ist eine Exportnation und ein Einwanderungsland. Die "Wissensgesellschaft" erfordert eine Aktualisierung der Lerninhalte, eine Neubestimmung der Bildungsziele und eine radikale Modernisierung der Unterrichtsmethoden. Bereits heute schöpfen Schülerinnen und Schüler einen wesentlichen Teil ihrer bildungsrelevanten Informationen nicht aus der Schule, sondern aus anderen Zusammenhängen. Deshalb muss sich die Schule nach außen öffnen und sich mit anderen Institutionen vernetzen. Genügend Zeit für die Öffnung nach außen und die Aufarbeitung der Erfahrungen innerhalb der Schule kann die Halbtagschule nur unter Schwierigkeiten gewähren.

Zur "Wissensgesellschaft" gehört der souveräne Umgang mit dem Computer. Medienkompetenz bezieht sich aber keineswegs nur auf die neuen Medien, sondern umfasst nach wie vor auch das Lesen und Schreiben von Büchern. Die Erstellung von Videos gehört ebenso zur Medienkompetenz. Wer sein Wissen über die Welt nur aus zweiter Hand gewinnt, gleich, ob angelesen oder angesurft, kann seine Urteilskraft nicht entwickeln.

Zur Medienkompetenz gehört aber neben der Medienkunde und der Mediennutzung auch die Medienkritik. Die Medien dürfen nicht zur Sucht werden. Es muss genug Zeit bleiben für soziale Erfahrungen und den Genuss der Schönheiten in der Natur. Informatik, Theater, Walderkundungen (lebt er noch?) und Internet machen fit für die "Wissensgesellschaft". Diese vielfältigen Aktivitäten erfordern eine Schule, in der sich konzentrierte Lernphasen mit Phasen der Entspannung abwechseln können.

Die "Individualisierung" in der Gesellschaft eröffnet viele neue Freiheiten. Die Zahl der sozialen Kontakte und Begegnungen nimmt zu. Deshalb ist mit zunehmender Individualisierung auch eine höhere Sozialkompetenz nötig. Ganztagschulen bieten die Chance, ein aktives Freizeitverhalten zu fördern. Es gibt Zeit für künstlerische Betätigung, Sport und Spiel. Sozialkompetenz besteht nicht nur in der Fähigkeit, Konflikte friedlich auszutragen, sondern auch in der Kunst, gemeinsam mit anderen etwas zu unternehmen.

Die "Globalisierung" erfordert eine neue Schlüsselkompetenz, nämlich die interkulturelle Kompetenz. Lernziel ist, Menschen aus anderen Kulturen in ihrer Fremdheit zu akzeptieren. Dies ist realistisch, weil es gesellschaftliche Werte und juristische Normen gibt, die universell anerkannt sind. Es existieren bei allen Unterschieden zivilisatorische Gemeinsamkeiten, die ein friedliches - wenn auch kein konfliktfreies - Zusammenleben ermöglichen. Werte wie Toleranz und Zivilcourage oder Normen wie die Achtung der körperlichen Unversehrtheit müssen praktisch erlebt werden, damit sie freiwillig übernommen werden. Die sich öffnende Schule bietet einen Erfahrungs- und Experimentierraum, die eigenen und andere Traditionen kennen zu lernen und weiter zu entwickeln.

Für die Ganztagschule spricht, dass sie durch ihr Angebot an Zeit und Raum erheblich besser als die Halbtagschule geeignet ist, der nachwachsenden Generation die Schlüsselqualifikationen der Zukunft zu vermitteln. Die Wissensgesellschaft erfordert das selbstorganisierte Lernen, angeregt und unterstützt durch eine offene und vernetzte Schule. Medien-Kompetenz setzt Begegnung voraus.

Gebraucht wird eine Schule, in der die Schülerinnen und Schüler intensiver lernen und leben können!

G.U.

Sommerlust 2001

Ins Netz mit der SPD

Zum zweiten Mal laden die SPD-Wiesbaden und die Ortsvereine Westend und Mitte zu einer kostenlosen Internetnacht ein. Zu einem aktuellen politischen Thema haben an diesem Abend alle Internetbegeisterten die Möglichkeit mit prominenten SPD-Politiker zu chatten was das Zeug hält. (Themen sowie Personenwünsche zum Chatten können per e-mail unter den nachfolgenden Internetadressen abgegeben werden)

www.spd-westend.de und
www.spd-wiesbaden-mitte.de

Die Internetnacht findet am Donnerstag, **30. August 2001, ab 21.00 Uhr**, im Internetcafe in der Mauritius-Galerie statt.

Fortsetzung von Seite 1

Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt und Entsorgung verantwortlich zum Wohl Wiesbadens zu verwalten, geschweige denn politische Gestaltungskraft zu entwickeln, erscheint mehr als fraglich.

Angesichts dieses Personaltableaus wollte denn auch bei kaum einem Parteitagredner echte Begeisterung aufkommen. Das höchste der Gefühle war die Formulierung "Die SPD muss nicht unzufrieden sein". Dass dennoch fast drei Viertel der Delegierten der ausgehandelten Dezernatsverteilung zustimmten, war wohl eher Ausdruck der Notwendigkeit, endlich zur Handlungsfähigkeit im Rathaus zu kommen und wenigstens das Erreichte zu sichern.

Große Hoffnung setzt der Parteitag offenbar in die Oberbürgermeister-Kandidatur von Rolf Praml, dessen Rede mit anhaltendem Beifall bedacht wurde. Er hatte sich besonders kritisch mit der Postengier des politischen Gegners auseinander gesetzt und mit einer kämpferischen Rede für Aufbruchstimmung gesorgt. Aus der Opposition gegen die Hirzel-Koalition sollte der SPD mit diesem Kandidaten bei der Wahl 2003 der Wechsel im Oberbürgermeisteramt gelingen.

Ruth Akasoy

IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Birgit Pintaric, Hessenring 24

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrín Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6

BLICKPUNKT >●< NORDENSTADT

Vom Inline-Skating bis zum Bridge

VBW Das neue VBW-Programm bietet ein breites Kursangebot

Jetzt zu Beginn des neuen Schuljahrs wird in Nordenstadt, Erbenheim, Delkenheim und den umliegenden östlichen Vororten das neue VBW-Programm verteilt. Es bietet ein breites Kursangebot das gleichzeitig jetzt auch im Internet unter www.ned.de zu finden ist - hier kann man den passenden Kurs auch gleich online buchen.

Vormittags und abends kann man sich sprachlich fit machen, nur mal kurz für die anstehende Ferienreise in Urlaubssprachkursen oder intensiver in Anfänger-, Fortgeschrittenen- und Auffrischkursen. Und in den Herbstferien besteht die Möglichkeit, einen Wochenkurs Italienisch für Anfänger zu buchen, der als Bildungsurlaub anerkannt ist. Frisch erworbene Französisch-Kenntnisse lassen sich dann gleich in einer Studienreise nach Brüssel im kommenden Frühjahr einsetzen.

Fit am PC zu sein, ist heute eine berufliche und private Selbstverständlichkeit: Das VBW bietet die Kurse für echte Anfänger "Erste Schritte am PC" und Anfänger mit Vorkenntnissen steigen gleich bei den Windows-Kursen ein, um sich mit der

breiten Palette der Windows-Anwendungen Word, Excel, Acces, usw. zu beschäftigen. Immer wichtiger im Leben wird das Internet: auch hier kann von Schnupperkursen bis zu Homepage-Seminaren das passende Angebot gefunden werden.

Gesundheitsvorsorge, Fitness, Entspannung - diese Stichworte markieren den Rahmen der Vielfalt an Angeboten des VBW. Wer für seine Gesundheit etwas tun möchte, sollte sich beeilen, denn hier ist die Zahl der Stammteilnehmer/innen besonders groß. Das gilt für die Wochenendseminare wie Inline-Skating, Massage-Partnerbehandlung, Fünf Tibeter genauso wie für die Kurse die an mehreren Abenden stattfinden: Yoga, Simonton, Shiatsu Tai Chi, Skigymnastik, Wirbelsäulengymnastik usw., usf.

Geistig und körperlich fit zu sein, ist sehr wichtig, doch sollten die Hobbys dabei nicht zu kurz kommen: Möbelrestaurieren, Bridge, Camcorder, Kochen, Nähen und Klöppeln - diese und weitere interessante Freizeitbeschäftigungen hat das VBW natürlich auch zu bieten.

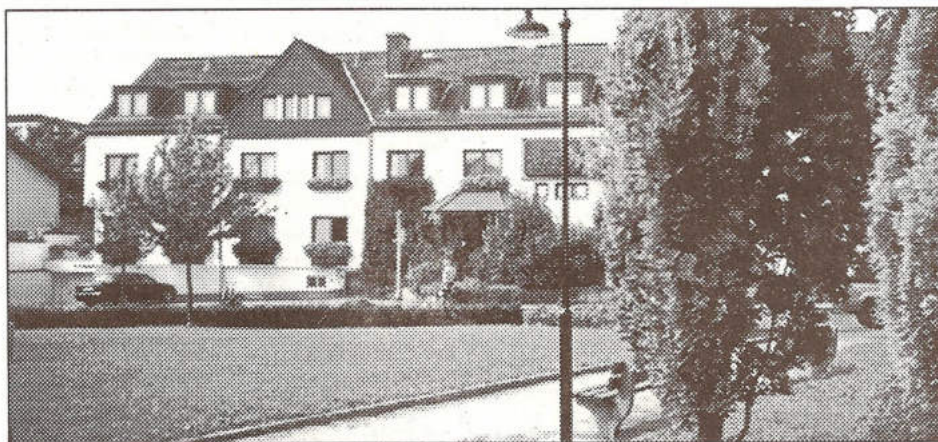
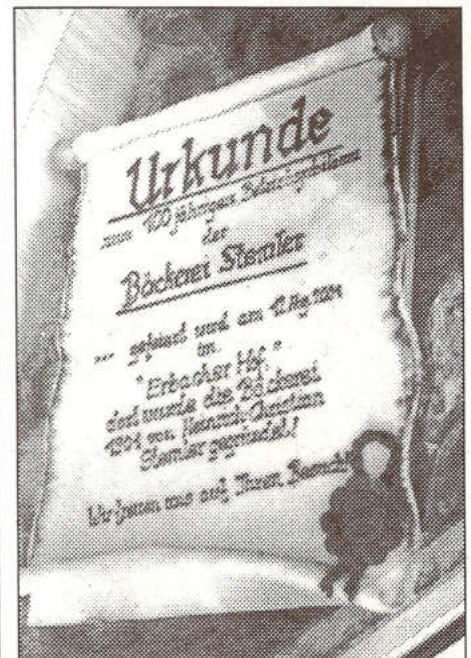
Kinder können beim VBW Kunst erleben oder auch mit ihren Eltern zusammen in einer Töpferwerkstatt töpfern. Kurse für Kinder und Jugendliche und jetzt auch Eltern-Kind-Kurse sind ein wichtiger Bestandteil des Programms.

Schauen Sie mal rein ins Internet oder rufen Sie an. Gern sendet das VBW das Programm auch zu. Die Geschäftsstelle ist unter der Telefonnummer 06122 - 12918 zu erreichen.

"Unser tägliches Brot gib uns heute"

... unter diesem Motto fand ein Familiengottesdienst im Erbacher Hof anlässlich des Jubiläums der beiden Norschter Bäckereien Stemler und Martin statt, die auf ein 100-jähriges Bestehen zurück blicken können, was Grund genug war, ordentlich zu feiern.

So fand das diesjährige Torhauskonzert im "Erbacher Hof" aus Anlass des besonderen Jubiläums mit **"Pauken und Trompeten"** statt, denn die Heerstraße 15 (Erbacher Hof) war der Standort, wo einst Heinrich Christian Stemler seinen Bäckereibetrieb gründete.



Die Jury der Aktion

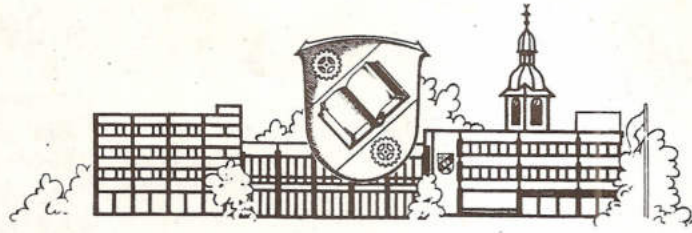
"Schöneres Nordenstadt" hat die diesjährigen Preisträger ermittelt.

In der Kategorie "Öffentliche Plätze" haben die Familien Mayhack, Scherer, Lang und Kloft mit ihrer liebevollen Pflege des "Dorfeingangs" an der Stolberger Straße/Hunsrückstraße den ersten Platz erreicht.

Herzlichen Glückwunsch!

Unser Foto zeigt das Schmuckstück mit den wunderschönen Hängegeranien des Hauses Stolberg im Hintergrund.

Herzliche Einladung
ZUM
Bürgerstammtisch der SPD Nordenstadt
am Freitag, 7. September 2001 - 19.00 Uhr
im Landgasthof »Alte Krone« Stolberger Straße 20
mit Mandatsträgern aus
Ortsbeirat und Stadtverordnetenversammlung



Nordenstadt Nachrichten

25. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Nov./Dez. 2001

€ Der EURO kommt! €

**Veranstaltung der SPD Nordenstadt
am Freitag, 16. November 2001, 19 Uhr, im
Gemeindezentrum am Hessenring**

Praktische Ratschläge und politische Hintergründe stehen im Mittelpunkt der EURO-Informationsveranstaltung der SPD Nordenstadt. Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen, gibt einen Überblick

- über die stufenweise Einführung des EURO
- über die Einführung des Bargeldes
- über die stufenweise Entnahme der DM aus dem Geldverkehr.

Der EURO wird Anfang des Jahres 2002 endgültig die DM ablösen. Erste kleine Mengen Bargeld werden bereits im Dezember in Verkehr gebracht. Die sogenannten "Start-Pakete" mit Münzen kann sich jeder kurz vor Weihnachten besorgen.

Ab Januar 2002 werden im Handel beim normalen Einkauf und in Banken DM angenommen und EURO herausgegeben. Die DM wird dadurch sehr rasch aus dem Umlauf verschwinden.

Ende Februar soll diese Phase abgeschlossen sein. Doch kann man auch später noch DM gegen EURO tauschen, aber nicht mehr damit einkaufen.

Der Einführung des EURO gingen jahrzehntelange politische Diskussionen voraus. Bereits in der kleinen EU in den sechziger und siebziger Jahren standen sich zwei Denkrichtungen gegenüber: die einen wollten die gemeinsame Währung als Motor des europäischen Einigungsprozesses, der ihn unumkehrbar macht; die anderen wollten ihn erst als Schlusspunkt nach Erreichen der Wirtschafts- und Sozialunion umsetzen. Nun ist heute die politische und wirtschaftliche Einigung sicher weiter fortgeschritten als

damals. Viel mehr als uns im Alltag bewusst ist, wird faktisch in Brüssel von der EU-Kommission, den europäischen Regierungen und dem EU-Parlament entschieden. Dennoch besteht kein Zweifel, dass die Wirtschafts- und Sozialunion nicht erreicht ist. Es scheint also so, als hätten sich die Anhänger der "Motorentheorie" durchgesetzt!

Darüber und welche Rolle die Volksbewegung in der ehemaligen DDR und die durch sie ausgelöste deutsche Einigung dabei spielt, wird im zweiten Teil der Veranstaltung informiert.

Für Fragen und Diskussionen wird ausreichend Zeit und Raum sein. Die SPD Nordenstadt freut sich auf Ihren Besuch!

Erntedankfest rund um's Museum

Der Chor der Landfrauen eröffnete mit stimmungsvollem Gesang das Erntedankfest der Historischen Werkstatt Nordenstadt. Brauchtum der Region stand auch dieses Jahr wieder im Mittelpunkt: Handwerks- und Handarbeitskunst aus vergangenen Zeiten.

Da stand ein Schäferwagen, Schafe in einem Pferch und der Schäfer in seiner Tracht daneben. Wolle wurde gesponnen, und auf einem alten Webstuhl entstand ein Teppich. Klöppelarbeiten und Perlenstickerei konnten die Besucher bewundern und sich an traditionellen Volkstänzen und Mundartdarbietungen erfreuen.

Die Kinder hatten ihr eigenes Programm - zur Jahreszeit passend: Kürbisschnitzen, Sackhüpfen, Eierlaufen und schätzen, wie viele Kartoffeln und Nüsse die Säcke enthielten. Die Belohnung fürs Mitmachen sorgte für rege Beteiligung und viel Spaß bei den Kindern.

Ein von den Landfrauen wundervoll dekoriertes Erntewagen war vollgepackt mit allem, was die Natur im Herbst zu bieten hat.

Das kulinarische Angebot: herbstliche Gerichte, viele der auf dem Erntewagen zu bewundernden Früchte als Hausmannskost dargeboten. Norschter Kürbissuppe, frischer Zwiebelkuchen aus dem rollenden Backofen, allerlei vom Grill. Dazu Federweißer und Apfelmost, natürlich auch Bier, und die bewundernswerte Kuchentheke für den süßen Abschluss oder Honig vom Imker. Ein schöner Brauch - das Norschter Erntedankfest. E.Sp.



Über den Zaun geguckt

Reise nach Pakistan

von Heidemarie Wiczorek-Zeul

Ich bin in diesen Tagen von einer Informationsreise nach Pakistan zurückgekehrt. Die Eindrücke und Bilder bewegen mich noch jetzt. Über die Flüchtlingssituation in Afghanistan selbst können wir uns leider keinen unmittelbaren eigenen Eindruck verschaffen. In Pakistan aber ist es möglich, die Lage der Flüchtlinge selbst einzuschätzen und mit den Verantwortlichen zu reden.

Seit dem 11. September sind nach offiziellen Angaben 65.000 afghanische Flüchtlinge nach Pakistan gelangt, oft auf Schleichwegen und unter größten Entbehrungen. Da Pakistan die Grenzen aber geschlossen hat, werden diese Flüchtlinge von den Behörden nicht offiziell registriert, sind nach pakistanischem Verständnis also illegal im Land. Die Flüchtlingsorganisationen sprechen von den „unsichtbaren Flüchtlingen“. Dies führt zu der absurden Situation, dass diesen Menschen, die dringend Hilfe brauchen, vom UNHCR, der UN-Flüchtlingsorganisation, keine Hilfe gewährt werden darf – und das, obwohl die Lager gefüllt sind und Hilfsgüter für 150.000 Flüchtlinge bereit stehen, darunter Reis, Decken und Zelte. Ich habe meine Reise vor allem dazu genutzt, dafür zu sorgen, dass diese Menschen unbürokratisch versorgt werden.

Die Lage in Pakistan gibt nur einen kleinen Eindruck davon, wie schwierig die Situation der Flüchtlinge in Afghanistan selbst ist. Afghanistan ist seit Jahrzehnten ein extrem armes Land, das von mehr als 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg gezeichnet ist. Eine wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gibt es kaum noch, die Landwirtschaft ist durch schwerste Dürren geschädigt und Landminen machen die Landwirtschaft zu einer gefährlichen Tätigkeit.

Die Frauen sind völlig entrechtet und werden von den Taliban unterdrückt. Die Menschen in Afghanistan leiden seit Jahren, ohne dass die breite Öffentlichkeit dies jedoch zur Kenntnis genommen hätte. Von den ursprünglich 26 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern Afghanistans befanden sich bereits vor dem 11. September rund ein Drittel der Menschen aufgrund der Kriegswirren und Dürrekatastrophen auf der Flucht. Deshalb hat die Bundesregierung die Flüchtlinge schon seit langem mit Nahrungsmittelhilfe und medizinischer Hilfe versorgt.

Nach dem 11. September haben nach Schätzungen der UN weitere 2 Millionen Menschen ihre Wohnungen verlassen und sind aufs Land oder in Richtung Grenze geflohen. Es wird geschätzt, dass mit Beginn des Winters etwa 8 Millionen Afghanen von Nahrungsmittelhilfe abhängig sein werden. Die Bundesregierung hat deshalb für die Flüchtlingshilfe allein in diesem Jahr 85 Millionen Mark bereitgestellt.

Es ist richtig, dass sich die Bundesregierung dem Bündnis gegen den internationalen Terrorismus angeschlossen hat. Wir müssen entschlossen, aber auch besonnen und mit Augenmaß vorgehen. Meine Pakistanreise hat mich aber in meiner Überzeugung bestärkt, dass wir das Leid und Elend der afghanischen Zivilbevölkerung jetzt lindern müssen und dass wir alles tun müssen, um politische Lösungen für die "Nach-Taliban" - Phase zu fördern.

Und: Dass wir gerechtere Verhältnisse weltweit schaffen müssen, um dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

Heidemarie Wiczorek-Zeul
ist Bundesministerin für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung, Wiesbadener
Bundestagsabgeordnete und
Stellvertretende Vorsitzende der SPD

Soldaten mal anders gesehen

Ein ganz persönliches Erlebnis von
Gebhard Gresch

Mein Vater ist im Alter von 41 Jahren im Juli 1944 als Angehöriger des Stabes Grenadier-Regiments in Iwaniskiai gefallen. Meine langjährigen Nachforschungen nach seinem Grab waren nur bedingt erfolgreich, denn seine Grablage konnte nicht eruiert werden. Sollte das Grab meines Vaters noch gefunden werden, würde er auf die Sammelfriedhofsanlage in Kaunas umgebettet, so sicherte mir der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge noch im Frühjahr diesen Jahres zu.



Zur Einweihung des Soldatenfriedhofes in Vilnius (Litauen) und eines Besuchs des erst im September 2000 eingeweihten Friedhofes in Kaunas reiste ich mit einer Gruppe im August diesen Jahres nach Litauen. Ich war beeindruckt von den liebevoll gestalteten Friedhöfen, die von deutschen und litauischen Soldaten gemeinsam gepflegt werden. Bei unserem Besuch erfuhren wir, dass deutsche Soldaten aus Brandenburg dort ihren Urlaub und ihre Freizeit zur Pflege der Friedhöfe verbringen. Leider wurde uns anlässlich unseres Besuches auch bekannt, dass Mittelkürzungen der Bundeszuschüsse für den Volksbund beabsichtigt sind. Nach Rückkehr von unserer Reise haben sich verschiedene Teilnehmer und ich an die Minister Scharping und Wiczorek-Zeul gewandt, um zu diesen unserer Meinung nicht gerechtfertigten Mittelkürzungen Stellung zu nehmen. Sehr zügig bekam ich aus dem Verteidigungsministerium Nachricht, dass zwar im Haushaltsjahr 2000 tatsächlich eine Mittelkürzung vorgenommen wurde, im laufenden Haushaltsjahr allerdings die Zuschüsse wieder auf insgesamt 7,4 Mio DM angehoben wurden. Im Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung wird der Arbeitseinsatz der deutschen Soldaten als "ein Beitrag zum sinnvollen Gedenken an die Opfer der vergangenen Kriege" gewürdigt, der auch für junge Menschen eine Möglichkeit ist, "mit der Arbeit an den Gräbern dem mahnenden historischen Erbe zu begegnen und damit den Weg zu unseren europäischen Nachbarn weiter zu ebnen". Es hat mich mit Genugtuung erfüllt, dass es deutsche Soldaten gibt, die dafür sorgen, dass Opfer der vergangenen Weltkriege in einer würdigen Grabstätte ihre letzte Ruhe finden können - möglicherweise auch irgendwann mein Vater.

Ein selbst“herr“licher Bürgerbeirat

Eine „Brücke für Bürger und Politik“ sollte der neue Beirat sein, den Oberbürgermeister Diehl im Sommer der Öffentlichkeit vorstellte. Sieben honorige Männer und eine Frau hatten von höchster Stelle den Auftrag erhalten, Politik und Verwaltung bei der Planung wichtiger Bauprojekte beratend zur Seite zu stehen, Vorschläge und Anregungen zu erarbeiten und die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu erkunden. Erkundet hat der „Bürgerbeirat“ seitdem aber nur seine eigene Meinung, und selbst das gelingt ihm in den meisten Fällen nicht: Vor einigen Wochen warf die einzige Frau, die Unternehmensberaterin Gisela Hank-Haase, genervt von der „Eigenmächtigkeit bis Selbstherrlichkeit“ einiger Mitglieder des Gremiums das Handtuch. Damit war klar, was eigentlich alle schon vermutet hatten: Der demokratisch nicht legitimierte Bürgerbeirat hat mit der Unterstützung demokratischer Prozesse nichts am Hut. Vielmehr handelt es sich, nachdem sich Frau Hank-Haase verab-

schiedet hat, um eine one-man-show, bei der der selbsternannte Kenner der Bürgermeinung, Michael von Poser, seine Befindlichkeiten als Volkes Stimme zum Besten gibt. Der Nutzen dieser Veranstaltung bleibt somit ein Geheimnis von Herrn von Poser und OB Diehl. Letzterer setzte noch eins drauf, indem er als Nachfolgerin von Gisela Hank-Haase die altgediente CDU-Politikerin Monika Homberg ernannte. Der Beirat wurde somit mehr und mehr zum fürstlichen Geheimkabinett, mit einem obersten Geschmackensor und seinem Gefolge. Wiesbaden braucht keinen Beirat aus Spezialbürgern, sondern Beteiligungsformen, die allen Bürgerinnen und Bürgern offen stehen. Nicht in jedem Stadtteil wird man sich von Herrn von Poser Geschmacksvorschriften machen lassen. An wichtigen Projekten, wie z.B. dem Dem'schen Gelände oder auch dem „Philippshof“ in Kostheim, muss deshalb ein repräsentativer Querschnitt betroffener Bürgerinnen und Bürger am Entschei-

dungsprozeß mitwirken. Ein Instrument hierzu ist die sogenannte „Planungszelle“, die es ermöglicht, auch für komplexe Sachverhalte intelligente Lösungen durch Laienbeteiligung zu finden. Eine Möglichkeit der Anwendung in Wiesbaden wäre die Neuordnung des ÖPNV-Verknüpfungspunktes am Platz der Deutschen Einheit. Das Modell der Planungszelle, das haben Erfahrungen in Hannover gezeigt, scheint gut dafür geeignet zu sein, einen wichtigen Beitrag für die Neubetrachtung und Optimierung des städtischen Busnetzes zu liefern. Dies ist nur ein Beispiel, wie echte Bürgerbeteiligung funktionieren kann. Die SPD-Stadtverordnetenfraktion wird darauf achten, dass eine repräsentative Bürgerbeteiligung bei allen Planungen größerer, für die Öffentlichkeit bedeutsamer Projekte Anwendung findet, wie es die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2000 mit rot-grüner Mehrheit beschlossen hat. Denn ein Bürgerbeirat, der sich nur mit sich selbst... beschäftigt, kostet Geld und nützt am Ende niemandem.

Ruth Akasoy

Woche der SPD – Veranstaltungskalender

Montag

12. 11.
20.00 Uhr

Ganztagschulen – Zukunft für Hessen!
mit Doris Ahnen (Kultusministerin Rheinland-Pfalz und Gerhard Bökel (SPD-Landesvorsitzender)
Gesamtschule Klarenthal (Neubau)

Dienstag

13.11.
19.30 Uhr

Jugend und Chancengleichheit
mit Andrea Ypsilanti (Landtagsabgeordnete), Sabine Grieshuber (junge Kommune), Jürgen Striebinger (AfB) und Daniel Krämer (Stadtverordneter)
Cafe im GMZ Alte Gewerbeschule Wellritzstr.38

Mittwoch

14.11.
20.00 Uhr

Mehr Chancen für Behinderte – SGB IX
mit Karl Hermann Haack (Bundesbehindertenbeauftragter), Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul (MdB) und Erika Fleuren (Landtagsabgeordnete)
Bürgerhaus Sonnenberg, König-Adolf-Straße 6

Freitag

16.11.
19.00 Uhr

Der Euro kommt
mit Dr. Matthias Kollatz-Ahnen (Investitionsbank Hessen)
Gemeindezentrum Nordenstadt, Hessenring 46

Montag

19.11.
19.00 Uhr

Chancen und Risiken der Präimplantationsdiagnostik
mit Kristiane Weber-Hassemmer (Nationaler Ethikrat) Thomas Spies, Probst Dr. Friedrich Weber (ev. Kirche) Eva Schwaab (Fachärztin f. Humangenetik)
Presseclub Wiesbaden, Villa Clementine, Wilhelmstraße 19

Aus 630-DM-Jobs werden 325-Euro-Jobs

Mit der Einführung des Euro zum 1. Januar werden die von Steuern und Sozialabgaben befreiten bisherigen 630 DM-Jobs interessanter: Sie werden in 325-Euro-Jobs umgewandelt. Das bedeutet, dass monatlich – umgerechnet – sechs DM mehr von Abgaben befreit sind. Überhaupt: Weil in den Euro-Angleichungsgesetzen das Prinzip des Abrundens bei der Umrechnung von DM in Euro festgelegt wurde, verzichtet der Staat auf Einnahmen von rund 400 Millionen DM Steuern.

Andererseits gibt es allerdings – beispielsweise für Amtshandlungen nach dem Personenstandsgesetz Erhöhungen von bis zu 17 Prozent. Deshalb sollten Bürgerinnen und Bürger, die in absehbarer Zeit einen Auszug aus dem Familienbuch oder Abstammungs-, Geburts-, Heirats- oder Sterbe-Urkunden benötigen, diese sich noch vor Ende des Jahres besorgen.

Aus dem Ortsbeirat

Verkehrspolitik mit zweierlei Maß

In einem Punkt sind sich die Fraktionen im Ortsbeirat Nordenstadt immer einig: die Verkehrsprobleme im Ort müssen gelöst werden. Seit Jahrzehnten wird deshalb (in unterschiedlichen Varianten) zum Beispiel einmütig die Verlängerung des Westrings gefordert.

Auch die letzte Sitzung begann mit der Klage über die "katastrophale Situation". Man sollte meinen, dass man sich auch einig wäre, jede Möglichkeit zur schnellen Abhilfe zumindest zu prüfen. – Weit gefehlt.

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Durchgangsverkehr aus Richtung Igstadt versuchsweise bereits vor dem Ortseingang Nordenstadt über die Straße "Am Golzenberg", die Kreisstraße K 663 und weiter über die Borsigstraße zur Autobahn und zum Gewerbegebiet abzuleiten, fand bei CDU und FDP kein Gehör. Statt einen preiswerten und auch von Verkehrsfachleuten befürworteten Versuch zu unternehmen, Wohngebiete zu entlasten, ohne andernorts unzumutbare neue Belastungen zu schaffen, versteifte sich die neue Ortsbeiratsmehrheit auf ihre Uralt-Umgehungsstraßenplanung. Danach soll der Westring auch nach Norden an die Straße nach Igstadt angebunden werden. Diese neue Rennstrecke würde erheblichen zusätzlichen Verkehr mitten durch ein Wohngebiet in Richtung Gewerbegebiet und Autobahn anziehen, ohne z.B. die Anlieger des Wallauer Weges zu entlasten. Vollends aus Wolkenkuckucksheim kommt der Plan einer Ostringverlängerung. Niemand kann und will ein solches Projekt, dessen verkehrliche



Auswirkungen zumindest sehr umstritten sind, finanzieren.

Völlig unglaubwürdig machten sich CDU und FDP bei der Behandlung eines Antrags der SPD-Fraktion, der die verkehrlichen Auswirkungen einer geplanten Bebauung der ehemaligen Rosenzuchtanlage an der Oberpfortstraße prüfen lassen wollte. Gerade an dieser innerhalb Nordenstadts höchstbelasteten Straße zusätzlichen Verkehr zu erzeugen scheint in diesem besonderen Fall überhaupt kein Problem zu sein. Auch im Publikum machte sich Verwunderung breit, als CDU und FDP ohne jeden Wortbeitrag den SPD-Antrag mit 6:5 Stimmen niederstimmten. Eine Begründung für dieses Abstimmungsverhalten wurde nicht gegeben. Vielleicht ist die Aussicht auf das Wohngebiet an der Friedhofsmauer so verlockend, dass über den kleinen Schönheitsfehler der nicht gewährleisteten verkehrlichen Erschließung gnädig hinweggesehen wird.

Hier wird nicht nur verkehrspolitisch mit zweierlei Maß gemessen.

Ruth Akasoy

Herzliche Einladung zum

**Bürgerstammtisch der SPD Nordenstadt
am Freitag, 23. November 2001 – 19 Uhr
im Restaurant »Schlemmerkeller«, An der Schule,
mit Mandatsträgern aus Ortsbeirat und
Stadtverordnetenversammlung und dem
Vorsitzenden der SPD Wiesbaden Marco Pighetti**



Neuer AWO-Vorstand Nordenstadt

In der Jahreshauptversammlung im Oktober wurde für den Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt Nordenstadt ein neuer Vorstand gewählt. Über 13 Jahre lang hat Nils Jensen, der ehemalige Ortsvorsteher von Nordenstadt, den AWO Ortsverein als Vorsitzender geführt. Aufgrund seiner beruflichen Veränderung, die ihn nach Brüssel führte, war es notwendig, einen neuen Vorstand zu bestimmen. Die Versammlung hat in großer Einmütigkeit folgenden Vorstand gewählt:

Zur Vorsitzenden wurde Katrin Kiehne und zu ihrer Stellvertreterin Marianne Muth (ehemaliges Ortsbeiratsmitglied) gewählt. Zur Schriftführerin wurde Gabi Wahler und zum Kassierer Werner Wahler bestimmt. Den Vorstand komplettiert als Beisitzer Karl-Heinz Eischer.

Die Versammlung würdigte die langjährige Arbeit von Nils Jensen und dankte ihm herzlich für sein Engagement.



Zum traditionellen

Seniorennachmittag

der SPD Nordenstadt, der am **Samstag, 1. Dezember 2001, ab 15 Uhr** im großen Saal des Gemeindezentrums am Hessenring stattfindet, sind alle älteren Mitbürger/innen (ab 60 Jahren) aus Nordenstadt herzlich eingeladen.

Bei vorweihnachtlicher Adventsstimmung, einer gemütlichen Tasse Kaffee und einem guten Stück Kuchen soll ausreichend Gelegenheit sein, miteinander zu plaudern, dem gebotenen Programm zu lauschen und bei einem Gläschen Wein das zu Ende gehende Jahr Revue passieren zu lassen.

Die SPD Nordenstadt freut sich auch in diesem Jahr auf Ihr Kommen!



IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Birgit Pintaric, Hessenring 24

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6